

Frühe Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3688-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 3 Mark. Monatlich 4.30 Mark, bei Zustellung durch die Post, das zu 5 Pfennig Bestellschein.

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verklebung mit dem Bestimmungsort. Nummer, Verlags- und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 415 - B 205

DONNERSTAG, 3. SEPTEMBER 1931

ABEND-AUSGABE · V

Tragödie der Börse

Der erste Tag in der Burgstraße

Mit heute mittags 2000 Börsenbesucher nach einer unfreiwilligen Ferienzeit von 7½ Wochen die Preisfälle der Burgstraße betrachten, da empfindlich — ein pessimistischer Epilogenschluß. Wir kommen in ein Kranzengedächtnis, so hörte man, in dem die letzten Vorbereitungen für die schwerste Operation, die der heutige Börsebesucher niemals durchgeführt hat, heute vorgenommen werden soll. In allen Ecken der Börsenhalle verflüchteten rote Plakate den Zukunft des Börsenverkehrs, sich vor der Verbreitung von Gerüchten zu hüten. Heute bestimmt ungenügend, denn kaum bildet alles auf die transparenten Kursnotizen, die Punkt 12 Uhr aufkommen. Beim Kurs steigt sich. Die wertigen Käufer nehmen mit ihren Geschäften ihre Plätze hinter den runden Marktschranken ein. Ihre Oberbühnen füllen sich von Minute zu Minute, aber — nur auf der Verkaufsseite. Was wird geschehen? Welche Weisungen wird der Börsenoberband für die Kursfeststellungen in letzter Minute erteilen?

Nimmer mehr wird klar, daß die Bestimmungen, die dem ersten Börsentag ein ungeheures Effektenangebot vorausgesetzt haben, recht hatten. Dabei stand von Anfang an fest, daß die Banken heute keineswegs alle Verkaufsbefehle, besonders soweit ihnen Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit schwebend gemachten Schuldern zugrundeliegen, ausführen würden.

Inzwischen ist der Uhrzeiger auf 12.14 gerückt. In einer Minute soll die Kursfestlegung beginnen. Auf ein Kommando hegen sich die jeweiligen Kommissare des Berliner Börsenoberbandes in die Marktschranken, um hier die Kursfeststellungen zu übernehmen. Man wartet mit hochspannung auf den ersten Kurs, um sich nach ihm ein Urteil über die zu erwartenden Verluste zu bilden. Die Ullstein-Kasse gewinnt den traurigen Rekord, als erste auf dem Kursnotizblatt zu erscheinen. Sie notiert 115 nach 142 v. S. (letzter Kurs 102) die weitaus größte Einbuße erlitten haben, während die Ullstein-Kasse mit 76 v. S. relativ kühl geblieben sind. Alle Kurse der Tragen zudem das ominöse Preiszeichen „d. h.“ nur ein geringer Bruchteil aller vorliegenden Verkaufsaufträge konnte zu den festgesetzten Kursen auch wirklich ausgeführt werden. In einzelnen Werten sind beispielsweise nur 5 v. S. der Verkaufsaufträge erledigt worden. Dabei verdient es Anerkennung, mit welcher Besonnenheit die Berliner Börse heute diese Opfer, die letzten

Endes leider nur einen Eingangs in die Ereignisse der letzten Wochen darstellt, hinnimmt. Wohl bilden sich hier und da erregte Gruppen, die besonders die technischen Unzulänglichkeiten bei der heutigen Kursnotierung beklagen.

Angewiesen war man sich natürlich nur zu klar darüber geworden, daß die heutigen Kurse keinen Anspruch auf Wahrheit erheben können. Die skatellen Reparierungen auf allen Gebieten lassen die Frage, wie sich die Kurse weiter gestalten werden, nach dem Verlauf der heutigen Börse völlig offen. Dies um so mehr, als Reichs-

bank, Preussische Seehandlung, Deutsche Reichsbank und nicht zuletzt die großen Finanzdirektorate heute alles aufgeben haben, um bei der Kurserregung helfen zu eingreifen. Auch die sämtlichen Börsen direktoren der Großbanken, Vertreter der Handelskammer als dem Börsenauflösungsorgan und der preussische Staatskommission verhalten sich für eine rasche Abwicklung des Geschäftes zu sorgen. Man muß feststellen, daß ihnen dies äußerlich ebenfalls gelungen ist.

P. E.
Siehe auch 3. Seite und Handelssteil

Curtius und Schober sprechen

„Der Plan der Zollunion soll nicht weiter verfolgt werden“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
GENF, 3. SEPTEMBER

Erste Sitzung der Europakommission. Der schweizerische Bundesrat worte führt den Vorsitz. Die Augenmerkender fast alle europäischen Staaten sind versammelt, auch Spanien und Portugal, die hier, bisher beiden Länder, die dem Völkerverbund nicht angehören. Kur Deo Reebing und Brian Hilling. Für den englischen Staatssekretär ist Lord Robert Cecil erschienen und Brian Hilling den Finanzminister Flaubin vertreten. Ungewöhnlich stark ist der Anhang der Journalisten und der Journalisten des Völkerverbundes. Unmittelbar, nachdem die Sitzung für öffentlich erklärt worden ist, erhebt sich der österreichische Botschafter Dr. Schober. Man weiß von vornherein, was er sagen wird, aber man ist gespannt darauf, wie er es sagen wird. Dr. Schober macht nicht viel Umschweife. Er geht sofort auf das Thema ein, um das heute in Genf alle Gedanken kreuzen, die Zollunion:

Durch die neueren Arbeiten der Wirtschaftsexperten sind die Bedingungen unterfunkt worden, die Zollunion erfüllen müßten, um das Ziel einer Beförderung der Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen. Durch diese Untersuchungen ist ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden; die Auffassungen der Sachverständigen, die erklären, daß bei Zollunionen vor allem die Interessen der beteiligten Staaten gewahrt werden müssen, aber auch die aller meistbegünstigten Länder) bezogen sich mit den Gründen, die Österreich und Deutschland im März baus geführt haben, mit ihrem Plan heranzutreten. Es war von vornherein klar, sagt Schober, daß nach dem Ausblick auf Berücksichtigung dieses Planes bestand, wenn auch andere Staaten sich bereit erklärten, an ihm teilzunehmen. Wir kennen die Entscheidung, die die Dinge inzwischen genommen haben. Mit Rücksicht auf diese Entscheidung

haben wir uns mit der deutschen Regierung über die künftigen einzuwendende Geltung verständigt. Da die österreichische Regierung feststellen konnte, daß im Gegensatz zu ihren Wünschen aus der Weiterführung des Planes einer deutsch-österreichischen Zollunion Schwierigkeiten für die Durchführung einer europäischen Regierung hermit ihren Geschäft, aus Projekt der Zollunion nicht weiter zu verfolgen. Ich hoffe, daß diese Erklärung vollständig dazu beitragen wird, die so notwendige allgemeine Beziehung herbeizuführen.

Schober machte noch längere Ausführungen über verschiedene die Europa-Kommission befristende wirtschaftliche Fragen. Er legte dabei Wert auf die Festhaltung, daß Österreich alles tut, um sich nicht zu helfen. Er erwähnte die von Österreich in den letzten Monaten mit Ungarn und der Tschechoslowakei abgeschlossenen Handelsverträge sowie den festig gefassten Entwurf für einen Vertrag mit Italien. Österreich habe es an Initiative nicht fehlen lassen, aber dadurch allein würde die herrschende Krise nicht überwunden werden, und Österreich lie bereit, alle Vorschläge, die ihm gemacht würden, ernst und loyal zu prüfen. Bis her ist Österreich noch von keinem Lande der Völkerverbund angegangen worden. Die großen Schwierigkeiten grade der Käufer, die für Österreich hauptsächlich in Frage kommen, müssen anerkannt werden. Es werde notwendig sein, auch andere Methoden zu prüfen, ob z. B. die gegenseitige Herabsetzung des freien Verkehrs zwischen mehreren Staaten, die dazu bereit sind, eine bessere und viel mehrwertige Abfolge sein könnten, als es auch ertragen. Auch die österreichische Zollunion, die es sich nicht mehr vorstellen kann, daß es möglich und notwendig ist, den Verkehr ganz zu befreien, als größere Zollermäßigungen nach der einen oder nach der anderen Seite hin zu gewöhnen.

Am Schluß beantragte der österreichische Botschafter die Einziehung eines besonderen kleinen Ausschusses zur Prüfung aller mit den Zollunionen zusammenhängenden Fragen.

Nach einigen kurzen Zwischenreden gab Dr. Curtius seine Erklärung ab: Es ist hier und heute nicht meine Sache, leben und von der Zollunion betroffen werden, obwohl die Sorge um unser Land uns häufig bei all unserem Tun begleitet. Ich denke, es wird sich im Laufe der Genfer Tagungen Gelegenheit bieten, auf die uns als der gegenwärtigen Lage erwachsenen allgemeinen Aufgaben nach in größerem Zusammenhange einzugehen. Heute glaube ich mich darauf beschränken zu können, aus den letzten Tagen zu sprechen, die bei dem Gegenstand des uns vorliegenden Berichtes, die von der Zollunion betroffenen Staaten. Die drei Berichte, die uns das Koordinationssomitee vorlegt, haben eine gemeinsame Linie, die der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Angleichung der Produktionsbedingungen, einer Erweiterung der Märkte, eines engeren wirtschaftlichen Zusammenhanges europäischer Länder untereinander. Die Arbeit der Koordination war unter diesen Umständen das uns vorliegenden Berichtes haben ihre Arbeit nun selbst auf dieser Linie koordiniert in der eingehenden Erkenntnis der Arbeitsfähigkeit einer gemeinsamen europäischen Entwicklung. Ich begrüße dieses Ergebnis.

Was andere Delegationen, so hätte auch die deutsche Delegation den Wunsch gehabt, daß in den drei Berichten einzelne spezifische Punkte klarer herorgehoben oder daß der eine oder der andere Vorstoß klarer gestellt worden wäre. Wir haben unsere Wünsche in dieser Richtung zurückgestellt und sind bereit, die Ergebnisse im ganzen anzunehmen. Ich hoffe, daß diese Bericht, die auch bei anderen Delegationen beliebt. Wenn jedes Land auf der ihm am meisten erwünschten Stelle bestehen sollte, so werden wir mit einer Gemeinschaftsarbeit nicht vorwärts kommen. Wir

Karl Strecker als Brandstifter ermittelt

Die Aufklärung des Machnower Villen-Brandes

Die aufsehenerregende Brandstiftung in der Villa des Malers A. Karl Strecker, ehemaligen Hauptlehrers der Schule in Machnow, ist durch die langwierige Aufklärung gelungen. Die Täter ist Karl Strecker selbst ermittelt worden. Er ist vorläufig festgenommen worden und wird zur Zeit von Staatsanwaltschaftsrat Behrmann aus Potsdam und Beamten der Berliner Kriminalpolizei verurteilt.

Am Donnerstag, 27. August, war die Feuerwehrröhre nach der Villa am Oranienp. 31 in Klein-Machnow gerufen worden, um in einem der Villen ein gefährlicher Brand ausgebrochen war. Die Feuerwehrröhre stellte fest, daß das Haus von Keller bis zum Boden mit Petroleum überzogen war. In die Brand waren über gefüllte, in die man beschaffen geteilt hatte, in den Betten waren Pergamentblätter verstreut, die Treppen waren mit Schwärzelpapier überzogen. Eine Zündschnur lag sich im Zimmer zu Zimmer: wenn es nach dem Willen des Brandstifters gegangen wäre, müßte das Haus bis auf die Mauern eingestürzt worden sein.

Die Untersuchung, die unter Leitung des Oberstaatsanwalts Tschall in Potsdam geführt wurde, gab bald auch Major Strecker in den Kreis der Verdächtigen. Er hatte zwar angegeben, daß er die fragliche Villa am Donnerstag gemietet habe, doch konnte diese Angabe leicht widerlegt werden. Strecker erklärte dann, er

hatte am Tage des Brandes in einem Hotel in Weimar geschlafen. Bei Besichtigung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wurden am Mittwoch zwei Brande nach Weimar. Das Ergebnis der Ermittlungen war für Strecker in jedem Maße befallend. Es wurde festgestellt, daß Strecker, entgegen seiner Aussage, einen Tag vor dem Brand das Hotel verlassen hatte. Es wurden weiter in dem Zimmer, in dem er gemohnt hatte, Spuren von Schwärzelpapier gefunden, und zwar derselben Sortens, das bei der Brandstiftung benutzt worden war.

Karl Strecker, gebürtiger Pommer, heißt im 70. Lebensjahr und betätigte sich zuletzt als Buchhändler und Theaterrenten auswartiger rechtshelfender Beamter. Er ist mit Wägen der Fabrik, Riechige und Strindberg, Baumard, und Arbeiten über Kleist und Goethe Gauß heranzutreten. Er ist ferner Verfasser einer Reihe von Romanen und dramatischen Werken. Seine Komödie, „Das Strohblü“, wurde seinerzeit in Berlin aufgeführt. Der Name Strecker wurde später in der bekannten Flugblätter gegen Alexander Dornel-Polenka bekannt, der von Strecker des Fliegens bestrahlt wurde. Der Streit endete damit, daß Dornel-Polenka auf den Reichspreis verurteilt wurde.

müssen uns auf einer mittleren Linie finden. Die mittlere Linie der europäischen Völker ist ein breitauderes Ausmaß.

Dr. Curtius befragt die Entscheidung der von rumänischen Parlamenten befragten Besondere Besondere eines wissenschaftlichen Behandlung der Entscheidung aus den osteuropäischen Staaten. Der Besondere wird seitdem weit umfänglicher werden, vor allem in seinem Verhältnis zum Weltöffentlichkeitsleben als der Grundlage des gegenwärtigen Warenwirtschafts unterliegt werden. Der deutsche Außenminister hätte sich, daß das System der Weltöffentlichkeit die Grundlage des internationalen Handels werden muß, nicht eine angestrengte Bemühung sein, sondern soll. Die Weltöffentlichkeit hätte ein System sein, dessen nur eine solche und lediglich abgegrenzte Ausnahmefälle für normale Verhältnisse. Wir müssen alle hoffen, daß die gegenwärtigen anomalen Verhältnisse überwinden werden, dann wird auch für diese Länder wieder eine Basis für eine normale Wirtschaft gegeben sein. Ich freue mich, feststellen zu können, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit einer pan-europäischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sich durchgesetzt hat und wird eine Einheit an alle Länder, die Bemühung dieses Ergebnisses europäischer Zusammenarbeit nicht zum Scheitern zu bringen.

Jollutionen hatte Jollution

Um Bericht des Komitees der wirtschaftlichen Sachverständigen sagte Dr. Curtius, daß jeder Kenner des Landes der europäischen Wirtschaftsentwicklung diesen Bericht mit größter Befriedigung lesen werde. „Der Bericht wird, wie ich hoffe, in der Weltöffentlichkeit Europas einmal als Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung. Die Bemühung der Weltöffentlichkeit, die Interessen seiner Anstrengungen und Bestrebungen ihre Unterstützung leisten. Der Wunsch steht als bestes, als einziges Mittel für eine durchgeführte Befreiung der europäischen Wirtschaft die wirtschaftliche Annäherung den wirtschaftlichen Zusammenhalt an. Er spricht in jedem Bericht von einem Programm immer engerer wirtschaftlicher Einigung, in er hat nicht geäußert, auszuführen, daß er als Grundlage der Entscheidung den Wunsch von Jollutionen in Auge faßt. Mit dieser Bericht eröffnen die Sachverständigen sehr viele Perspektiven. Niemand verkennt die Schwierigkeiten, die der Bemühung entgegenstehen. Aber es kann uns etwas doch zuversichtlich machen, daß nämlich die Wirtschaft letzten Endes einen Gesetzen folgt. Sie hat ihre Triebkraft in sich selbst. Rein theoretisch Beweise für den Durchbruch der richtigen Erkenntnis, der Aufgabe, diese Tendenzen zu erkennen, als der uns vorliegende Bericht. Doch nur einem Jahr wird es unmöglich gewesen, daß kein Sachverständiger aus den verschiedensten Ländern sich auf jeden Sachverhalt geäußert hätten. In diesem Jahr hat der Besondere der absoluten Notwendigkeit eines engeren Zusammenhaltes der europäischen Länder so große Fortschritte gemacht, daß ein solcher Bericht möglich war. Die Sachverständigen haben sich von der Stelle der Erkenntnis tragen lassen, und ich hoffe, daß die Welt auch für heute genug sein wird, die Regierungen dem aufgegebenen Ziele entgegenzutreten.“

„Deshalb liegt mir daran“ — sagte Dr. Curtius — „einige Bemerkungen dazu zu machen, die unabhängig sind von dem in den nächsten Tagen zu erwartenden Gutachten des Königlich Internationalen Gelehrtenrats, das sich auf die rechtliche Seite der Angelegenheit bezieht.“

Die Absicht der deutschen und österreichischen Regierung bei dem Projekt einer Jollution zwischen ihren Ländern ist vornehmlich dahin gerichtet, daß dieser Plan der Ausgangspunkt für weitestgehende Wirtschaftsvereinigungen sein sollte, an denen eine möglichst große Anzahl europäischer Mächte teilzunehmen könnten. Grillen haben sich die Ereignisse überlassen, so daß die wirtschaftliche Grundlage nicht verworren hat, mit sich selbst jetzt hier in der europäischen Studienkommission von Plänen von allgemeinerem Charakter. Wir wollen an der Bemühung dieser Pläne aktiv mit allen Kräften mitarbeiten. Um Vertrauen auf ein fruchtbares Ergebnis der Arbeiten der europäischen Studienkommission hat die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der österreichischen Regierung nicht die Absicht, das ursprünglich im Auge gefaßte Projekt weiter zu verfolgen.“

„Doch dürfen wir großer Aufmerksamkeit angehören Sagen sind Dr. Curtius zum Bericht des Kreditkomitees über, dem Jahre 1890 habe das Finanzministerium erwirkt, daß die Zustimmung des Reichsrates sich auf die nötigen Änderungen beschränken soll, die der finanziellen Wiederherstellung eines Landes oder bestimmten Zwecken, wie der Anbahnung von Fischfangen usw. dienen, daß er dagegen bei Anleihen für allgemein wirtschaftliche Zwecke nicht mitwirken soll. Inzwischen habe die französische Regierung im Jahr ihrer Wirtschaftsgesetz, in Anbetracht der Entscheidung des Reichs- und Kapitalverkehrs, die insofern einigten war, eine Entscheidung der Reichsrates bei Anleihen zur Regel machen zu wollen, ließ er den Bericht, der eine mittlere Linie hätte, es jedem Land offen, sich aus eigener Initiative an den Vorkäufen wegen seiner Mitwirkung bei der Regelung von Anleihen zu wenden, wenn es eine solche Mitwirkung für zweckmäßig erachtet.“

Reparationen und Schulden

Am Anknüpfen an die Bemerkung des Berichtes, wonach „ein normales Verhältnis zwischen Gütertausch und dem Kapitalumschlag bestehen muß“ und wonach bei Nichtanerkennung dieses Verhältnisses „darans eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts folgen muß“, hat Dr. Curtius auf das Reparations- und Schuldenproblem zu sprechen. „So ist hier nicht der Ort“, sagte er, „die finanzielle Verbindung der Länder untereinander zu behandeln, die Entscheidung der Reichsrates bei Anleihen zur Regel machen zu wollen, ließ er den Bericht, der eine mittlere Linie hätte, es jedem Land offen, sich aus eigener Initiative an den Vorkäufen wegen seiner Mitwirkung bei der Regelung von Anleihen zu wenden, wenn es eine solche Mitwirkung für zweckmäßig erachtet.“

Zusammenfassend gab Dr. Curtius in vielen Punkten seine Meinung über die von den Unternehmern geleistete Arbeit aus. Dennoch erhebt sich ein letztes Gegebenes, gemessen an

Jugoslawiens neue Verfassung

Ein königliches Manifest beendet die Diktatur

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BELGRAD, 3. SEPTEMBER

Heute früh erschien im Anknüpfen ein königliches Manifest an das Volk über die neue Verfassung. Das Manifest lautet:

„Die Wahrung der nationalen Einheit und der staatlichen Integrität ist meine höchste Pflicht und höchstes Ziel meiner Regierung. Sie war auch das Motiv und die Hauptursache des Regimes, welches ich am 6. Januar 1929 eingeleitet habe, als die Verfassung nicht eingehalten und die nationale Einheit des jugoslawischen Staates gefährdet wurde, demnach groß und ernst waren, daß sie alle Parteien in tiefster Sorge ergriff und die Seele des Volkes zerriss. Das ganze Volk war sich der Ursache und Größe dieses Übels bewußt und nahm mit Verständnis und vollkommenem Vertrauen meine Entscheidungen an. Das einseitige nationale Bewußtsein und gesunde Urteil, das selber unter Druck ausgetrieben, betratend sich auch in diesen entscheidenden Momenten der Geschichte. Mein Vertrauen in die Liebe des Volkes und seine moralische Kraft geschwächt mit einem höheren Einsicht in allen Entscheidungen zur Konsolidierung der Verhältnisse des Landes. Dank der weiten moralischen Hilfe des ganzen Volkes gelang es in verhältnismäßig kurzer Zeit, die großen nationalen und staatlichen Aufgaben zu erledigen und feste Grundlagen eines gesunden staatlichen Lebens zu legen.“

„In der neuen Überzeugung, daß die erreichten Ergebnisse dieser Arbeit, die gesunde Politik, das nationale Bewußtsein und die Erhebungen des Volkes es erlauben, daß an die Durchführung und einträgliche Organisation seiner Entscheidungen schrittweise und als bei allen den nationalen Notwendigkeiten und den staatlichen Interessen entsprechen, habe ich beschlossen, die bisherige Tätigkeit in der Durchführung der nationalen und staatlichen Politik auf die breiteren Grundlagen der unmittelbaren Zusammenarbeit zu stellen. Um Glauben an Gott und die glückliche Zukunft des jugoslawischen Staates zu erlangen, ist hiermit die Verfassung des jugoslawischen Staates. — Wiganer.“

„Die aus 1927 erlassene bestehende Verfassung zeigt einen liberalen Charakter mit gewissen Einschränkungen. Im allgemeinen Zeit wird das jugoslawische Volk als erwachsene verfassungsmäßige Monarchie bezeichnet. Wappen und Fahnen bleiben dieselben wie bisher. Staatsbürger sind die jugoslawischen, kroatische und slowenische. Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Die Staatsbürgerpflicht ist im ganzen jugoslawisch, besteht ohne Ausnahmefälle. Die persönliche Freiheit wird garantiert. Ohne Grenzbeschränkung kann niemand außer in im Gesetz vorgesehenen Fällen zur Ausreisung gezwungen werden. Freiheit der Meinungen, des Glaubens und der Glaubensbekenntnisse wird garantiert, die alle vor dem Gesetz gleich sind.“

„In den Grenzen des Gesetzes ist allen Bürgern die Ausübung ihrer Meinung mittels Wort, Schrift, Bilder oder anderer geeigneter Mittel gesichert. In den Grenzen des Gesetzes wird ferner das Vereins- und Versammlungswort garantiert. Vereinigungen auf professioneller, stammes- oder regionaler Grundlage zu politischen und Parteizwecken sind nicht erlaubt. Neben den staatlichen können auch private Schulen bestehen. Das Geheimnis der Briefe, des Telegramms und des Telefons wird garantiert. Für Schäden der Staatsbürger ist der Staat verantwortlich, wenn sie durch staatliche Organe zugefügt wurden. Die Rechte im Grunde sind jedem den geselligen Vorkäufen des Staatsbürgers. Das Privatigentum wird garantiert. Im Manifesten werden verschiedene staatsbürgerliche Klassen kann der Staat im Besitz der Befestigung solcher entgegenstehen.“

„Die gelegentliche Gewalt wird vom König und der Nationalversammlung ausgeübt. Der König übt die Regierungsgewalt durch verantwortliche Minister und in den Grenzen der Verfassung aus (aus diesem Paragraphen ist nicht ersichtlich, ob die Minister dem

König oder dem Parlament verantwortlich sind). Der König ist der Hüter der nationalen Einheit und der staatlichen Integrität. Er befehligt und verleiht die Befehle, ernennt die Staatsbeamten und die Chapan des Heeres. Er ernennt Oberkommandierenden der Armee und verleiht Orden und Auszeichnungen. Er hat das Recht der Amnestie und verleiht den Staat in allen Beziehungen zu anderen Staaten. Er verleiht den Krieg und schließt den Frieden. Wenn jedoch das Land nicht angegriffen wurde oder der Krieg nicht von anderen Staaten verleiht wird, ist für eine Kriegserklärung die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich. Der König beruft die Volksvertretung zu ordentlichen und außerordentlichen Sitzungen ein und eröffnet sie durch die Eröffnung. Er kann ohne deren Zustimmung nicht über den Staat hinaus reisen.“

„Der König und Kronprinz sind mit 18 Jahren volljährig. Im jugoslawischen Staat regiert Alexander I. aus der Dynastie Karađorđević. Im folgenden eine männliche Nachkommenschaft der Prinzogener. Wenn er keine männlichen Nachkommen haben sollte, erntet er seinen Nachfolger aus der Abenteiler der Dynastie. Falls der König bis zu seinem Tode keinen Nachfolger ernannt haben sollte, wählt die Nationalversammlung in regelmäßiger Sitzung beide Väter einen König aus der Dynastie Karađorđević. Bei der Wahlbestimmung hat der König das Recht auf die Verfassung. In durch die Verfassung vorgegebenen Fällen kann die ständige Regierungsgewalt durch Regententrat ausgeübt werden.“

„Rechtsfälle über die Wahl der zu wählenden Senatoren und über ihre Wahl werden durch ein späteres Gesetz geregelt. Das Mandat der vom König ernannten Senatoren dauert sechs Jahre, gleichviel das der gewählten. Die Bestimmungen über Wahl und Wahl der Kammerpräsidenten werden durch ein Sondergesetz festgelegt.“

„Alle aktive Bürger des jugoslawischen Staatsbürgers nach Beendigung des 21. Lebensjahres, ausgenommen das Militär, ein gültiges Gesetz wird über das Frauenwahlrecht bestimmen. Aktive Staatsbeamte und Offiziere dürfen nicht das Wahlrecht genießen. Die regelmäßigen Sitzungen der Nationalversammlung können nicht abgebrochen werden vor Erledigung des Staatsbudgets. Die Gesetzesgebungen, welche von der Kammer angenommen werden, sind dem Senat vorzulegen und umgekehrt.“

Wiederbetragung des Kabinetts

Der Ministerpräsident hielt eine Sitzung ab, in der der Antrag des Ministerpräsidenten nicht beschlossen wurde, dem König die Vertretung aller Minister zur Verfügung zu stellen, da durch die in Kraft tretende neue Verfassung eine neue Lage geschaffen wurde. Der Ministerpräsident überreichte sofort dem König die Demission des Kabinetts. Der König dankte der Regierung für ihre bisherige Tätigkeit und befristete das Kabinett in seinen Kanten.

Im Mittelpunkt des politischen Interesses steht die Frage der Wahl. Am Freitag, 1. September, wurde in allerhöchster Zeit, nämlich Ende September oder Anfang Oktober durchgeführt werden, in das das Parlament zur verfassungsmäßigen Neuwahl tritt am 20. Oktober zusammenzutreten könnte.

Ueber das Wahlergebnis verurteilt, daß die Wahlen nach Beirten öffentlich durchgeführt werden. Voraussetzungen sind die Opposition, d. h. im allgemeinen die früheren politischen Parteien, die der Wahl teilnehmen. Die alten Parteiführer der früheren Demokratien, der linken Sozialisten, der kroatischen Bauernpartei, der jugoslawischen Sozialisten sowie der slowenischen Volkspartei sollen bereits die Beteiligung an der Regierung juristisch geboten. Die Regierung denkt mit einer einheitlichen jugoslawischen Staatspartei in die Wahlen zu gehen.

„Da nach der Verfassung die zum Zusammentritt des Parlaments die alten Gesetz in Kraft bleiben, werden natürlich die politischen Parteien in die Wahlen teilnehmen, wenn alle die der Staatlichkeit und der Verfassungsmäßigkeit, werden aufrechterhalten und die Organisation politischer Parteien der Kontrolle der Verwaltungsbehörden unterliegen. Man nimmt aber an, daß noch vor den Wahlen auch in dieser Hinsicht gewisse Erleichterungen geschaffen werden.“

den Dimensionen der fürdurschnen Not unserer Zeit gering. Daß wir in diesem ersten Jahr der Tätigkeit unserer europäischen Gremiums, trotz aller unserer gemeinsamen Bemühungen noch nicht zu Ergebnissen gelangen konnten, die unsern beiden Völkern eine unmittelbare und fühlbare Erleichterung bringen, wird diese Zeit mit bangem Zweifel erfüllen. Wir dürfen uns aber unerschrocken durch solche Zweifel nicht lassen lassen, wir müssen uns an die Schwierigkeiten, die wir alle in unserer bisherigen Arbeit immer deutlicher erkannt haben, erinnern nur die immer zunehmende Notwendigkeit entgegennehmen, nicht nur das, was schon jetzt wirklich durchführbar ist, schnell in die Tat umzusetzen, sondern darüber hinaus mit entschlossenem Mut auch in die uns obliegenden Aufgaben heranzugehen.

Glavin und Grandi stimmen zu

Nach der 1. Ufz vom Minister Glavin und als Vertreter Frankreichs zu Wort und beteiligte in einer ganz kurzen Rede binnen Ministerrat und die letzten Zweifel an der Regelung des Zollunionprojekts. Er machte sich folglich den Entlassungen Schöbers und Curtius zu, die er als außerordentlich wichtig formalisiert bezeichnete und von denen er im Namen seiner Regierung Kenntnis genommen habe. Er hoffe, daß durch diese Erklärungen die „Wahl“, die durch das deutsch-österreichische Zollunionprojekt entstanden ist, nun vollständig gelöst sein würde. Er meinte auch, daß das in den verbleibenden Tagen des Jahres-Auslaufes ein, der große Hoffnung für die europäische Kooperation eröffne, und er wünschte im Namen seines Landes noch einmal zu betonen, mit

allem und besonders mit den jüngsten Mitteln an der Bemühung der europäischen Kooperation mitzuarbeiten.

Nachher begrüßte der Delegierte Italiens, Staatsrat Grandi, die Erklärungen der deutschen und österreichischen Regierungen, die Bemühung des Zollunionprojekts nicht weiter zu verfolgen, auf das hingewiesen. Der Entschluß der beiden Regierungen werde das größte Gelingen in allen Ländern bilden, weil durch ihn der Weg zu einer weitläufigen europäischen Kooperation freigelegt worden sei.

Griechische Matrosen-Meuterei breitet sich aus

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 3. SEPTEMBER

Die Matrosen der griechischen Flotte sind nach einer anfänglichen kleineren Meuterei wegen zu niedrigen Gehalts zur offenen Meuterei übergegangen. Der größte Teil der griechischen Flotte, darunter das größte U-boot-Kriegsschiff „Almirante Dattari“, ist ihrem Ziel, die Meuterei zu beenden, nicht gelungen. Die Meuterei hat sich auf die griechischen Matrosen in Athen ausbreiten lassen, so daß die Meerung des Generalstreiks häufig zu erwarten ist. Die Forderungen, die die Meuterei stellt, lauten auf Befreiung der alten Flotte, die häufig herangezogen

wurden, sowie auf Sonderfeier für wohlhabende Bürger und Ausrüstung der großen Bahnhöfe.

Der stellvertretende Präsident Manuel Truxco hat mit seinem Gesamtkomitee den sofortigen Rücktritt angeboten. Der offene Kampf mit den Meuturern wird wahrscheinlich nicht aufgenommen werden, obgleich die Luftstreikräfte noch zur Regierung halten, da die Marine mühselos eine Blockade über alle Häfen durchsetzen konnte und in der Häfenzone Station liess. Es wird jedoch vermuthlich der Befehlsgangshandlung bis ganz Ende in kurzem erfüllt werden.

Hitler-Dämmerung in Braunschweig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRUNSCHWIG, 3. SEPTEMBER

Der einzige nationale Abgeordnete des braunschweigischen Landtags, der Jungdeutsche **Schäfer**, hat am 2. September, überbringt der Öffentlichkeit eine Erklärung, nach der er in Zukunft gegen jeden nationalsozialistischen Minister hintritt und sich, Schäfer, der im braunschweigischen Landtag das Gelingen an der Wange bildet, hat die letzte Regierung Franzen geliebt. Die letzten Wahlen führten in der Partei, die Franzen und den bisherigen Fraktionsführer **Wohlfahrt** zum Antritt neuer Minister, haben Schäfer nun ansehend hoch die Augen geöffnet.

Wenn Schäfer in seinem Entschluß fest bleibt, werden die Nationalsozialisten nicht mehr zur Regierung kommen. Denn ohne die Abgeordneten **Wohlfahrt** und **Schäfer** erhalten sie für ihre Kandidaten nur 40 zur 10 Stimmen. Für den Fall, daß die bürgerliche Einzelstimmkraft sich nur mit einem vollenparteilichen Minister helfen wollte, befände aber die Gefahr, daß die Nationalsozialisten eine solche Koalitionsgeneration nicht bilden würden. Auf den einzigen Ausweg einer Koalitionsgeneration von der SPD bis zur Volkspartei, die im braunschweigischen Landtag über eine sichere Mehrheit verfügt, scheint nun noch nicht einzugehen zu wollen.

*

Für die nationalsozialistische Forderung, Franzens Ministerliste wieder neu zu belegen, gibt die **Wahlgewinner** Parteileitung noch einmal die gleiche fehlerhafte Begründung, die von einigen Seiten in Braunschweig aufgebracht wurde, um die Jungdeutsche gegen Franzen als eine lediglich politische Entscheidung erweisen zu lassen. Hitler ist nicht gewillt, so wird gesagt, „aus persönlichen Erwägungen einzeln eine Wahlposition in dem Augenblick aufzugeben, in dem durch die jüngsten Berechnungen der Regierung der Länder unter Berufung auf Artikel 48 eine geradezu hitlerförmige, von den gelegentlichen Rückschlägen völlig unabhängige Stellung und Wohlthätigkeit gegeben wurde“.

Volksentscheider an Polizeischulen

Gegenmaßnahmen der preussischen Regierung

Die Leiter der Polizeischulen Brandenburg, Burg und Hannover-Minden werden, wie die „Vossische Zeitung“ erzählt, in kürzester Zeit, voraussichtlich nach Mitte dieses Monats ihre Posten verlassen. Auch die Polizeischulen Coburg und Frankfurt werden ihre Leiter wechseln.

Der Anlaß zu diesen Maßnahmen liegt in folgendem: Es ist jetzt herausgestellt, daß der Fall der Polizeischulen an den Polizeischulen am 1. September gegen die preussische Regierung in den Polizeikommissionen hatten, ungenügend sich verhalten. In Hannover-Minden haben von 18 Polizeischulern 14, in Burg über 50 n. s. in Brandenburg, der größten Schule, 14 Offiziere ihre Stimme gegen die Regierung abgegeben.

Das Preussische Ministerium des Innern geht davon aus, daß es für den Staat untragbar ist, regierungseindliche Polizeioffiziere als Leiter in den Polizeischulen zu wissen. In den Polizeischulen werden die jungen Beamten zum Dienst am Volk erzogen. Das, was von den Anwesenden hier eingeleitet wird, ist von entscheidender, wenn nicht ausschlaggebender Bedeutung für die Entzifferung der zu formenden jungen Menschen. Von hier kommen sie nach beendeter Prüfung in die Bereitschaften, wo der Geist, in dem sie ausgebildet wurden, sich praktisch auswirkt. Der preussische Innenminister sieht, ganz im Sinne alter preussischer Tradition übrigens, daraus die Konsequenzen und hält sich an die Leiter der drei Schulen als die Verantwortlichen. Daher ist nicht ohne weiteres verständlich, weshalb ein solches Vorgehen Teil der Schuld? Das es nicht mehr als einmal den bequemem Weg beschritten, Polizeioffiziere, mit denen man nichts rechtes anfangen konnte, ist sogar Polizeioffiziere, an deren Zurückweisung gewiß Zweifel bestehen, als Leiter zu den Polizeischulen zu versetzen. Neben dem sogar drei Major in der Polizeischule Burg sich öffentlich beim Scheitern bedauert. Was unterliegt dem einmündigen und dem unerschrockenen der Polizeischulen und die verdammungswürdigen Folgen, die eine solche Entscheidung für die gesamte Schulpolitik haben mußte. Man sollte es nicht ernst genug, daß in einer dieser drei Polizeischulen sogar im Unterricht Stimmung gegen die Regierung gemacht wurde.

*

Die Zentrumsfraktion des Landtags stellt in einer großen Anfrage fest, daß die Gehörnerwartungen des Wahrgewählten ihre Arbeiter und Angestellten durch allerlei Extrarückstellungen für den Volksdienst zu beeinflussen verstanden. Bezahlarbeiter und untergeordnete Beamte, die sich gegen den Volksdienst ausproben, wurden von Grubenbeamten notiert und erhielten den Befehl, man könne sie im Betrieb nicht mehr gebrauchen, wenn nicht in den nächsten Tagen. In Berlin fanden im Wahlbezirk 100000 in den verschiedenen Wahlbezirken und führten Listen über die an der Wahlkommunikation beteiligten Parteimitglieder. Ferner wurde im Auftrag des Landtags eine Besondere eine Besondere hergestellt, die eine eigene demagogische Seite gegen den Staat, die Sozialpolitik und die Gewerkschaften darstellte. Die Regierung wird am Auskunft ersucht, wie sie künftig einen derartigen Fehler zu verhindern gedenkt.

Schweres Explosionsunglück bei der A.G.

Vier Personen schwer, acht leicht verletzt

Gegen Mittag ereignete sich in dem Gebäude der Apparatefabrik der A. G. in Teplow in der Postmannstraße 15/23, die zur Zeit 2000 Arbeiter beschäftigt, ein schweres Explosionsunglück, durch welches ein Fabrikraum vollkommen zerstört und das darüber liegende Dach mit seinen ganzen Konstruktion in einer Länge von etwa 50 Metern in Stücke gerissen wurde. Durch die herabfallenden Massen wurden viele Arbeiter schwer und acht leichter verletzt.

Das Unglück ereignete sich in einem der hinteren Gebäude des großen Fabrikkomplexes im fünften Stockwerk, in dem eine Klemmer untergebracht ist. Aus dieser noch nicht aufklärter Ursache ergab es eine Explosion, die den Augenblick, als sie zur Zerstörung angefangen wurde. Es kam zu einer furchtbaren Explosion, die von einer weithin hörbaren Detonation begleitet war. Eine dicke Qualmwolke flog aus der Dachöffnung, durch den untergehenden Luftdruck gingen sämtliche Fensterbrüche in Zeilener.

Die Polizeidienst der Apparatefabrik hörte im selben Augenblick die gellenden Hilferufe der Arbeiter, die in der Klemmer beschäftigt waren. Glücklicherweise war durch die Explosion kein Feuer entzündet, so daß die Rettungssituation für die in der Klemmer eingeschlossenen Arbeiter sofort einsetzte konnte. Vier schwerere Arbeiter und fünf andere, die leichten Verletzungen davongetragen hatten, wurden sofort in die eigenen Fabrikgebäude der Fabrik nach dem Brandort ins Krankenhaus im Friedrichshagen Krankenhaus in der Gasse des Generalstabes gebracht. Die anderen vier mit drei Frauen an der Unfallstelle erkrankten, konnte jedoch nach kurzer Zeit wieder entlassen, die glücklicherweise jegliche Brandgefahr bereits beseitigt war.

Die gemalte Explosion wurde in der ganzen Umgebung gehört und von dem benachbarten Dambus-Depot der Berliner Verkehrs-Gesellschaft aus beobachtet man, wie in der Apparatefabrik die Dachkammer in die Luft flog. Soweit sich bisher überblicken läßt, ist an den benachbarten Häusern kein Schaden anzurichten worden. Ein in der Nähe befindlicher Gasleitungsdruck wurde durch herabfallende Teile des Daches zerstört.

Die Namen der schwerer Verletzten sind: Will Wasm, Max Krollmüller, Karl Wilmberg und Karl Kowitzki; die Namen der leichter Verletzten: Fritz Kempf, Otto Krenschmer, Carl Jacowitz, Ernst Peter, Heinz Kroll, Carl Joff, Gwin und Harald.

*
Fingierter Raubüberfall aufgeführt.

Ein letzter hat sich Raubüberfall auf Kassenboten in erfolgreichster Weise versucht. In vier Fällen gelang es der Kriminalpolizei, festzustellen, daß es sich dabei um fingierte Attentate handelte. Auch der Heberal auf den Kassenboten Herbert Müller im Hause Scherzstraße 10 sollte sich ein solches leisten. Wie berichtet, wurde Müller am Dienstag nachmittags, an dem Geländer der Treppenhause gesteckt, aufgefunden. Er gab bei seiner Bernehmung an, daß er dem Auftrag habe, bei dem Bauwerk 300 N. abzuliefern, die ihm aber von zwei Burden entwendet worden seien. Gestern nachmittags gefand Herbert Müller noch vielen Begleuten, die er die Ausführung des Heberals mit den Arbeitslohn P. Barndt und Kurt Wolf vorbereitet und ausgeführt hätte. Beide Komplizen wurden daraufhin verhaftet, und ein großer Teil des geraubten Geldes konnte wiederhergestellt werden.

Die Schulden des Polizeiwachmeisters. Ein 24jähriger Polizeiwachmeister, der sich durch Privatleben, wurde heute auf Veranlassung seiner Behörde festgenommen. Auch die leichtsinnigen Schulden gemacht und wurde kleinerer Unregelmäßigkeiten beschuldigt. Seit vier Wochen heimlich gegen ihn eine Unterlage, die heute zur Verhaftung führt.

Der Frauenraub in Spandau. Die Verordnungen im Zusammenhang mit dem Frauenraub in Spandau, die im letzten Monat in der 24 Jahre alten Frau König, die in der Gegend von Algenbrunn wohnte und seit dem 12. August vermißt wird.

Staatspartei fordert Sieblung

Von der Reichstagsfraktion der Deutschen Staatspartei, die am Donnerstag vormittag vernehmbar war, wurde ein festes und offenes Programm zur Bekämpfung eines Arbeitslosigkeit gefordert. Insbesondere müßte die Staatspartei die Bekämpfung der Sieblung in Stadt und Land zum Inhalt haben und Arbeit auf dem Gebiet der Hauswirtschaft bringen.

*

Die Landtagsfraktion der Staatspartei berät am kommenden Sonnabend und Sonntag in Frankfurt am Main über die Reform- und Verwaltungsreform der preussischen Sparmaßnahmen, Fragen der Personalpolitik und die nächstjährigen Preussensymbole. Der parteilichen Landtagsfraktion werden an der Sitzung teilgenommen.

Sachgen Gesandtschaft bei Preußen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Vor einiger Zeit hat die preussische Regierung für Ende des laufenden Rechnungsjahres 1931-32 die Aufhebung der nach hiesigen Landesverhältnissen an den Reichsausschüssen bei Preußen angelegt. Wie man in Dresden den zuständigen Stelle hört, wird die hiesige Regierung die hiesigen Sachgen in Verbindung mit dem noch Ersetzung der Ministerien im nächsten Jahr herüberbringen. Die Sachgen werden die hiesigen Sachgen, der hiesigen Reichsregierung als auch bei Preußen begünstigt, für die Aufhebung kommen. Man darf hieraus wohl schließen, daß der Sachgen der Erwanneart nicht erst bei Preußen „begünstigt“ wird, sondern nur beim Reich.

Das Ministerium erzählt, daß es reichs Herberalmaßnahmen habe, mit denen die des hiesigen Ausflusse made. Es besteht daher die Möglichkeit, daß das Sachgen auf einer dieser Säulen das Recht des Ministers von Spandau gemacht ist.

Die Wiedereröffnung der Börse

Großer Tag in der Burgstraße — nach beinahe halb Wochen Wiedereröffnung der Börse.

Bereits eine Stunde vor Beginn rollen die ersten Autos die Linden entlang, nach deren Anhalten man ungewöhnlich darauf schließen kann, daß ihr Ziel der rote Baubaukasten in der Burgstraße ist. Noch sind es in der Hauptstraße die „Bankomobile“, die den Fußabdruck betreten, jene großen Autos, in denen etwa zwölf Personen Platz finden und mit denen die Großbanken ihre Vertreter zur Börse bringen lassen. An der Schloßbrücke verbleiben sich die Motorwagen, und beim Einbiegen in die Burgstraße parken bereits in langen Reihen die Wagen. Die warme Herbstsonne leuchtet und hilft selbst die trübsten Gesichter munterer Börsebesucher erheben, die mit Vergnügen an ihre Arbeit gehen.

Wieder dem Gange liegt ununterbrochen die Atmosphäre des Wiedereröffnungs. Schaulustige, die ja niemals in Berlin fehlen, und Erwerbende haben dicht gedrängt auf der gegenüberliegenden Straßenseite zum Vorübergehen. Fotografen werden von ihren einst malerischen Köpfe der Bankwelt zu erhalten, und einzig lurcht der Kameramann das bewegte Leben vor dem Gemälde.

Unaufrichtig rollen die Autos an, bunt wechseln Platinen vornehmlicher Fabrikate mit unscheinbaren Tageländern. Kurz preist der Chor der Zeitungsjäger ihre Blätter an, immer wieder mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Tag. Geschäftsleute, die sich vielleicht seit Wochen nicht mehr gesehen haben, begrüßen sich — und ergeben sich in der „Wohlfahrt“, Bergstraße aufhalten.

Im Bureau, wo die Briefkasten, die zu den Gerberentwürfen führen, in beuender Bewegung bleiben, verstreicht der Förstner, der wie ein Cerberus den Eingang bewacht, auf das sein „Unbefugter“ das „Solligkeit“ betete, immer wieder Fotografen und Neugierige, die hoffen, sich durch Schlängelnd an von hier einen Auschnitt zum Treiben im Börseleben erbliden zu können.

Der Strom der Kommenen will nicht enden. Denn heute kommt tatsächlich alles vom Bau. Bankiers, die vor der Schließung den einen oder anderen Tag fernblieben, weil ihnen die Arbeitslosigkeit eines Geschäftsbüros zu gering erschien, wollen auf keinen Fall den denkwürdigen Tag versäumen, an dem ein so wichtiger Faktor der Wirtschaft seine Funktionen wieder aufnimmt.

Langsam ebbt der Zutritt zur Börse ab. Die Schaulustigen verlassen sich. Und während drinnen geschäftliches Treiben die Räume durchflutet, geht die Straße wieder ihr gewohntes Bild.

p. wit.

„Die englische Krise.“ Im ehemaligen Herrenhaus, Zeigergasse 8, wird heute, Donnerstag abend, der Vorlesung der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei gegen die Rote Man über die englische Krise werden. Der Vortrag — der auf Einladung der Liga für Menschenrechte stattfindet — wird englisch gehalten, lauter aber überlegt. Ernst Lutz wird eine einleitende Ansprache halten.

Das relative Kinderspiel

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

FRANKFURT A. M., 3. SEPTEMBER

Das Landgericht in Offenburg in Baden hat als Berufungsinhalt ein Urteil gefällt, das weit über die Grenzen Badens hinaus Aufsehen und Beunruhigung erregen muß.

Der Bürgermeister der Gemeinde Dinglingen hat am letzten Sonntag an den Kriegsgesellschaftigen einen Antrag niedergelegt und in seiner Rede darauf hingewiesen, daß der Weltkrieg ein Kinderpiel gewesen sei im Vergleich mit einem zukünftigen Krieg. Das Hitler-Organ von Baden habe diese Rede zum Anlaß für einen Angriff gegen den Bürgermeister genommen und beantragt, daß sie eine Verleumdung der Kriegsgesellschaftigen darstelle. Das obere Amtsgericht beurteilte den verantwortlichen Redakteur wegen Verleumdung des Bürgermeisters zu einer Geldstrafe von 500 Mark.

Das Landgericht in Offenburg hat dieses Urteil der Verurteilung aber auf und sprach den Verklagten frei, und zwar mit der Begründung, daß die Bezeichnung des Weltkrieges als „Kinderpiel“ den Protest der Frontsoldaten herausfordern müßte, und daß sie eine Satiregeißel gewesen sei, die weitest Kreise berühren müßte. Dem Bürgermeister von Dinglingen muß nicht, daß er sich für seine Ausführungen auf bestimmte Klänge der Subventionen berufen konnte. Schließlich lautet die Urteilsurkunde, daß die Verleumdung dieses Urteils, das nur verständlich wäre, wenn man annehmen wollte, daß das Gericht und der Staatsanwalt in Offenburg, die eine Verleumdungsbegriffe für den beklagten Redakteur hielt, kein Bewußt sein würden.

Die ersten Börsenstunden Stärkste Einbußen auf allen Gebieten — Dringendes Angebot nur teilweise untergebracht

Nicht um Optimismus und Pessimismus aufeinander abzustimmen, sondern um nachsichtsvollere Pause Kenntnis davon zu nehmen, welche Kursverluste die Krisenzustände mit sich gebracht hat, waren die Börsenbesucher heute zur Burgrstraße gekommen. Mit bewundernswerter Ruhe nahmen sie die Kursrückgänge gegenüber dem 11. Juli, die sich bei den ehemaligen Standardwerten zwischen 20 und 30 Punkten, bei der Dresdner Bank sogar bis zu 54 Punkten, bewegten, entgegen. Eine große Anzahl von Werten, besonders Montan- und Elektropapieren, konnten, bei noch so scharfer Kursherabsetzung überhaupt nicht notiert werden. Das gilt für so maßgebende Papiere wie Schuckert, R. W. E., Rheinthal, Phönix.

Ein Rentenmarkt war das Angebot im Allgemeinen ebenfalls recht betrübt, so daß eine große Reihe von Werten überhaupt nicht notiert wurde. Dies gilt in erster Linie für Stadt- und Staatsanleihen sowie für Industrieobligationen, bei denen sich in zahlreichen Fällen Brief-Repertierungen als notwendig erwiesen. Weniger angeboten waren hingegen die Emissionen der Hypothekbanken.

Vollon Ausgleich von Angebot und Nachfrage, bei allerdings sehr erheblichen Abschlägen, hatten namentlich die Bankkassen aufzuweisen, daneben aber einige weitere Papiere, so vor allem I. G. Farben und Zellstoff Waldhof, was besonders bei letzteren eine Unterbrechung bedeutete. Bei dem Gros aller Werte ergaben sich Briefrepertierungen von 5 bis 20 pCt; nur in wenigen Fällen gingen die Quoten darüber hinaus, so vor allem bei Mannesmann, von denen 50 pCt. des Angebotes Abnahme fanden, bei Ise Bergbau von denen 33 pCt. unterkamen, und von Salzfutur, die zu dem Drittel Käufer fanden.

Daneben waren einige außergewöhnliche Repertierungen zu verzeichnen. Die Aktien einer der größten deutschen Gesellschaften, der Vereinigten Stahlwerke, waren in dieser Umfang angeboten, daß von jeder Order gleich weite Höhe nur 1000 RM nominal zum Verkauf gelangten und zwar zu einem Kurs von 26 pCt., d. h. 1 1/2 Punkte unter dem letzten Kurs. Bei den größten Spekulationspapieren wie Polynorm wurden 100 bis 300 RM von jeder Order, je nach Höhe, abgenommen und zwar zu einem Kurs von 80 pCt., d. h. 20 pCt. niedriger. Auch in Hamburg herrschte ein besonders umfangreicher Verkaufsdrang, so daß bei einem Kurs von 60 (—25) nur 200 RM nominal von jeder vorliegenden Order abgenommen wurden.

Daneben sind die niedrigen Abnahmequoten einiger Standardwerte besonders interessant. So z. B. bei AGF mit 10 pCt., dann vor allem bei Schultheiß mit ebenfalls 10 pCt., bei Aka mit 10 pCt., bei Glanzstoff mit 15 pCt., bei Gelsenkirchen mit 10 pCt., und bei Conti Caoutchouc mit 5 pCt.

Kurs-Korrektur vollzogen

Im Verlauf blieb es, da jeglicher freier Handel streng verboten ist, weiter sehr ruhig. Beachtung fand allerdings die Tatsache, daß in einigen, und zwar merkwürdigerweise gerade in sogenannten Nebenwerten, die allerdings schon bei der Notierung einen gewissen Umfang an Angebot und Nachfrage aufzuweisen hatten, offensichtlich kein weiteres Angebot vorlag. Große Beachtung fand, daß in vielen Fällen die Abschlüsse meist über 10 pCt. unter dem Maximum im geltenden Markte über dem Wert hinausgingen.

Diese Tatsache nahm man aber mit um so bemerkenswerteren Gelassenheit hin, als angesichts der starken Repertierung die in den gewöhnlichen Angeboten erkennen läßt, in solchen Fällen dann rechnet, daß der mindestens größte Teil, wenn nicht die gesamte Kurskorrektur nach unten bereits bereits vollzogen ist. Indes, soviel es auch im weiteren Verkehr sehr ruhig. Vor allem hielten sich die freien Makler in anerkennenswerter Genauigkeit bei jeder Teilgabe zurück. Sie nahmen zwar, um ihre Kundschaft zu behalten, Orders entgegen, gaben sie jedoch sofort an die amtlichen Makler weiter, mit Spannung sich an den möglichen Notierungen im Hinblick auf auch den erforderlichen Repertierungen entgegen. Die grundsätzliche Vereinbarung der Banken, mit Exekution in möglichst schonend vorgehen, trug wesentlich zu der ruhigen Stimmung bei.

Brauereien besonders schwach

Auch der Markt der reinen Kassawerte paßte sich der Kursfälligkeit der früheren Termin- und der Aktienwerte an. Das Angebot war in allen Papieren ebenfalls umfangreich, während andererseits die Überwachungsstärke der Emissionshäuser, deren Aufmerksamkeit durch die Vorgänge in den Großwerken besonders zu verzeichnen war. So kam es, daß für mindestens 60 pCt. der Werte überhaupt keine Kurse zustande kamen, während für den größten Teil der übrigen nur ein sehr geringes Angebot zu verzeichnen genommen wurden. Nur bei einer geringen Anzahl konnte ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erfolgen. Dies gilt hier vornehmlich für die Aktien der Brauerei U. a. verloren Braunschweiger Kolsch, Engelhardt-Brauerei und Lindes Eismaschinen je 25 Kursprozent. Dortmunder Ritter-Brauerei hatte einen gleichen Verlust zu verzeichnen.

Pfandbriefangebot meist untergebracht

Renten-Verluste bis 20 pCt.

Obwohl mit den Kursfestsetzungen bereits um 12 Uhr begonnen wurde, waren bis kurz nach 2 Uhr die Makler für die festverzinsten Pfandbriefe immer freierhand beschäftigt. Im allgemeinen läßt sich sagen, daß das Angebot recht betrübtlich gewesen ist und sich auch durch kräftige Herabsetzungen nicht abschrecken ließ. Eine Reihe von Werten konnte nicht notiert werden. So wurde beispielsweise der Kurs der Young-Anleihe gestrichen.

Auch Neubesitzanleihe war nicht notiert. Allesitzanleihe hingegen stellte sich auf 44 gegenüber 49 1/2 am 11. Juli. Reichsbahn-Vorzugsaktien 68, Prozent Deutsche Reichsanleihe von 1929 83 1/2 (91 1/2), Reichspostanleihe 88. Schuldverschuldungen wurden in mehr als 13 Punkte niedriger gehandelt. Trotz dieser starken Abschläge waren Repertierungen notwendig, so daß sich die Abnahmequote in vielen Fällen nur auf ca. 10 pCt. stellte. Sehr scharfen Rückgängen waren ferner die Industrie-Obligationen ausgesetzt, deren Kurse ebenfalls in vielen Fällen repariert werden mußten.

In Landeshypotheklichen Pfandbriefen war teilweise ebenfalls großes Angebot festzustellen, so daß die Repertur

Gemilderte Nachschüppflicht

Die maßgebenden Stellen sind im Begriff, Beschlüsse über weitgehende Erleichterungen zu fassen, die hinsichtlich der Pflicht zur Leistung von Nachschüssen gewährt werden sollen.

Pfandbriefangebot meist untergebracht

Emission der Schleswig-Holsteiner Landschaft mit 81, die pCt. mit 70 rep. Brief notiert wurde. Sproz. schlesische und schlesische Landhypothek-Pfandbriefe wurden hingegen mit 84 bzw. 82 pCt. Sproz. sächsische mit 74 bei voller Abnahme notiert. Die Kurse der Liquidationspfandbriefe schwanken um 10 pCt. herum.

Entgegen der allgemeinen Tendenz waren die Pfandbriefe der Hypothekbanken weniger stark angeboten. Die Kursrückgänge waren zwar auch hier betrübtlich, das Gros der Sproz. Pfandbriefe wurde zwischen 82 und 84, der Tproz. zwischen 75 und 78 pCt. festgesetzt — jedoch waren, soweit die Kurse bis Redaktionschluss notiert waren, Briefrepertierungen überhaupt nicht zu beobachten. Man ließ sich offenbar von der Erwägung leiten, daß es ratsamer sei die Kurse von vornherein soweit herabzusetzen, daß auch in den kommenden Tagen das Angebot ohne weitere Rückgänge aufgenommen werden kann. Nicht ganz so günstig lagen die Verhältnisse am Markt der Kommunalobligationen, wo die Sproz. bei etwa 70 pCt. festgesetzt wurden.

Natürlich gab es auch auf allen Teilgebieten des Rentenmarktes vereinzelte Ausnahmen. So waren zum Beispiel die Pfandbriefe der Bayerischen Hypothekbank nur wenig rückgängig, während andererseits einzelne Werte, besonders bei Stadt- und Industrieanleihen, überdurchschnittliche Verluste erlitten. Besondere Erregung hat der Umstand hervorgerufen, daß die Neubesitzanleihe vollkommen ihrem Schicksal überlassen blieb, und die Reichsbank keine Intervention vorgenommen hat. Berliner Verkehrsanleihe wurde mit 68 1/2 (82) festgesetzt.

Berliner Devisen-Kurse

Am Devisenmarkt wurde der Dollar amtlich unverändert mit 4,2130, das Pfund mit 20,481 notiert. Angebot und Nachfrage hielten sich in dem Rahmen der Vorgänge. Die Börseneröffnung hat für den Devisenmarkt insofern keine wesentliche Änderung des bisherigen Zustandes mit sich gebracht, als durch die Folgen der Devisenordnung ein freier Handel ohnehin noch immer weitgehend unterbunden ist, die Befriedigung des regulären Devisenbedarfs aber auch während der Zeit der geschlossenen Börse durch Festsetzung halboffizieller Devisenkurse ermöglicht wurde. Der Usancenhandel beschränkte sich auf ein Minimum. Man hörte London gegen New York mit 1,8676, gegen Schweiz mit 24,9576, gegen Paris mit 129,9637, Amsterdam 12,066, Stockholm 18,5175 und Madrid ca. 59,90.

Land	Einheit	Devisen		Noten			
		3.9	2.9	3.9	2.9		
		Gold	Brief	Gold	Brief		
1) Holland	100 Gulden	166,68	170,02	169,71	170,07	169,26	169,94
2) Belgien	100 Belgien	65,61	68,47	66,74	68,76	66,44	68,16
3) Frankreich	100 Franc	115,76	112,76	113,58	112,76	114,10	112,76
4) Schweiz	100 Franc	25,92	25,92	25,92	25,92	25,92	25,92
5) Dänemark	100 Kronen	112,76	112,83	112,88	112,88	112,39	112,83
6) Norwegen	100 Kronen	112,76	112,76	112,76	112,76	112,76	112,76
7) Schweden	100 Kronen	10,59	10,61	10,69	10,61	10,51	10,67
8) Japan	100 Yen	22,91	22,91	22,91	22,91	22,91	22,91
9) Australien	100 Dollar	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
10) Brasilien	1000 Reale	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
11) Argentinien	1000 Pesos	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
12) Chile	1000 Pesos	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
13) Peru	1000 Soles	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
14) Kuba	1000 Pesos	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
15) Mexiko	1000 Pesos	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
16) Indien	1000 Rupees	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
17) Siam	1000 Baht	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
18) Thailand	1000 Baht	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
19) Philippinen	1000 Pesos	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
20) Indonesien	1000 Rupiah	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
21) Niederlande	1000 Gulden	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
22) Portugal	1000 Escudos	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
23) Spanien	1000 Pesetas	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
24) Griechenland	1000 Dracmas	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
25) Türkei	1000 Liras	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
26) Bulgarien	1000 Leva	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
27) Rumänien	1000 Lei	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
28) Jugoslawien	1000 Dinar	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
29) Serbien	1000 Dinar	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
30) Kroatien	1000 Kuna	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
31) Ungarn	1000 Forint	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
32) Tschechien	1000 Koruna	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
33) Polen	1000 Zloty	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
34) Litauen	1000 Litas	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
35) Lettland	1000 Lats	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
36) Estland	1000 Kroon	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
37) Finnland	1000 Markka	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
38) Schweden	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
39) Norwegen	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
40) Dänemark	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
41) Island	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
42) Norwegen	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
43) Schweden	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
44) Dänemark	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
45) Island	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
46) Norwegen	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
47) Schweden	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
48) Dänemark	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
49) Island	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48
50) Norwegen	1000 Krona	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48	20,48

Notiz für Privatskonten wurde für beide Sichten mit 7 1/4 pCt. festgesetzt. Warenwert bedangen etwa 8 1/2 pCt.

Frankfurt vorsichtig

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung. FRANKFURT A. M., 3. SEPTEMBER.

Die Börse hatte zunächst noch kein großes Geschäft. Allgemein tastete man die Lage ab, vorsichtig und zurückhaltend. An die Aktienmärkte überzog aber das Angebot. Eine gewisse Marktregung ließ sich nicht verzeichnen, ein Austausch von Angebot und Nachfragematerial mit Berlin stattfand vorgenommen wurde, so daß Ausgleichsmöglichkeiten geschaffen waren.

Die Kursbildung bot zunächst kaum Überraschungen. Die Kommissare brauchten auch, in der ersten Börsensitzung wenigstens, nicht stark in Tätigkeit zu treten. Sie hatten lediglich die Kursfestsetzung zu überwachen. Die Werte paßten sich dem Niveau an, das sich im sogenannten Schwarzverkehr herausgebildet hatte. Bepersonwert war, daß einzelne Papiere, so u. a. Reichsbankanleihe und Waldhof, über der Berliner Eröffnungsnote lagen.

Amlich wurde bei Beginn des Börsenverkehrs zunächst notiert: Bremer Bankverein 74, DD-Bank 75, Reichsbankanleihe 103, Reichsbahnvorzugsaktien 68, Zement Heidelberg 40, Scheideanstalt 90, Thüringer Elek. Lieferungen 43, Felten & Guilleaume 48 1/2, Opatow 13 1/2, 44, Vereinigte Deutsche Industrie Frankfurt 40, Hoch-Tiefbau 50, Salzwärke Heilbrunn 114 1/2, Vereinigte Kunstwerkstätten 20, Veitwiese 55, Wittbergische Notenbank 107 1/2, Westbank 30, Frankfurt Bank 75.

Hamburg ohne Geschäft

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung. HAMBURG, 3. SEPTEMBER.

Zur Überraschung sämtlicher Börsenbesucher war an der Hamburger Börse ein Handel mit Ausnahme vielleicht einiger Hamburger Spezialwerte nicht zu verzeichnen. Die Kurse wurden fast automatisch auf dem Schlichtweg mit Berlin von Fall zu Fall festgesetzt. Die Hamburger Kurse waren meist den Bruchteil 1/2 oder 3/4 eines Prozentes niedriger als in Berlin, mit Ausnahme einiger Fälle, wo in Hamburg Kaufinteresse vorhanden war. Reichsbank 103, Bremer Bankverein derer 100 pCt. Dividendenrücklage Kaufordres wurden erlassen, 85%. Ferner notierten: Bill Brauerei 145 G. (alter Kurs 180), Schlicht 90, Hansa Dampf 32 1/2, Bürger-Brauerei 160 G. Nordf. Ludw. 27 1/2, Hamburg-Süd 87. An Kolonialmarkt notierten Jantit 30 G. Jantit Gewinne ebenfalls 30 G. Südde 40 G. Südde Gewinne 30 G.

Privatskonten 7 1/2 Prozent

Am Geldmarkt war die Lage durchaus regulär, da Tagesgeld gegen Effektenunterlage noch nicht gehandelt werden konnte. Dies wird sich erst ändern, wenn sich ein tragfähiges Effektenkursniveau herausgebildet hat. Unter ersten Blick ist hier nur ein Angebot von etwa 1 pCt. gehandelt, während Monatsgeld auf 8 bis 10 pCt. notiert wird.

Neugründung im Zell-Konzern. Zur Aussetzung von Konstruktions-Schuldscheinen an dem Gebiete der Photographie und des Luftbildwesens ist unter Beteiligung der Firma Carl Zeiss in Ostschloß 90, Hansa Dampf 32 1/2, Bürger-Brauerei der Firma Zell-Actinograph Gesellschaft m. b. H. Junk, ein Stammpapier von 600000 RM errichtet worden, an dem auch die kinematographischen Werke Mosser beteiligt sind.

Zweimonats-Blazen in der Schweiz

Vorschlag der Nationalbank

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ZÜRICH, 3. September

Die Schweizerische Nationalbank hat dem eidgenössischen Finanzdepartement jetzt vorgeschlagen, daß die kommende Veranlagung über die Kontrolle des Schweizerischen Vermögens nach die Vorschriften der Nationalbank und Verwirklichung von Zweimonatsbilanzen enthalten soll.

Durch die internationale Krise sind auch die schweizerischen Banken in Mitleidenschaft gezogen. Die Grobkrediten mit der starken Verflüchtigung, besonders der Grobkrediten mit der Finanz- und Wirtschaft des Auslandes nicht verwirklicht zu erschellen, diese Position bleibt allerdings durch die großen eigenen Mitteln und ihre hohe Liquidität, die die Bank jetzt haben bei den Notenbanken haben nahezu 700 Mill. Fr. erreicht — weiter stark. Verluste im Auslandgeschäft und die geringen Vermögensgegenstände haben jedoch einen Rückgang des Ertrages und bei einzelnen Instituten wohl auch eine Unterbrechung ihrer bisher befolgten stabilen Dividendenpolitik erwarten, was schon in dem ständigen Rückgang der Kurse zum Ausdruck kommt.

Der durchschnittliche Kurswert dieser sieben Grobkrediten hat sich seit Ende Juni bis Ende August von 147,1 auf 118,4 pCt. der Parität gesenkt, gegenüber 156,6 pCt. zur Vergleichszeit des Vorjahres. Wenn auch die Befürchtungen, die in diesem hier ungewissen Rückgang zu sehen sind, nicht zureichend sind, so deuten doch die Vorgänge bei dem Zusammenbruch der Banque de Genève und der Fusion des Comptoir d'Escompte auf gewisse Missetaten in einzelnen Instituten hin. In der „National-Zeitung“ wurde daher ein „provisorisches Bankennachlass“ in diesem Zusammenhang das Fehlen eines zentralen Banknotens bedauert und darauf hingewiesen, daß man sich Leitern besonders von kleineren Bankhäusern die Übersicht und das richtige Urteil über die Notwendigkeit der Gründung neuer Unternehmungen fehlt. „Wir sehen das Bedauern in einer überhöhten Bankstätigkeit, der allzu starken Forcierung des Fremdenverkehrs, der viel zu großen

Ausdehnung der Uhren- und Stickersindustrie, einer allzu liberalen Beleihung von Grund und Boden, besonders bei der Landwirtschaft, deren heutige Verschuldung in keinem richtigen Verhältnis steht.“

Das kommende schweizerische Bankgesetz soll vor allem enthalten: Vorschriften über die Aufstellung der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnung; fachmännische, vollständig unabhängige Revision aller Institute, die sich Banken nennen und vom Publikum verlässliche Geld entgegennehmen. Vorschriften über das Verhältnis der eigenen zu den fremden Geldern, sowie über die Art der Geschäftstätigkeit, die nach dem Charakter der einzelnen Institute, endlich über die Beleihung und den Rückkauf eigener Aktien und Anteilscheine.

Durch solche für alle Banken verbindlichen Vorschriften wird die übermäßige Bankensumme durch die Einführung eines Minimums zu beschränken. Die Durchführung der Bestimmungen soll einer freiwilligen Organisation der Banken übertragen werden. Diese Organisation schweizerischer Banktag in Lausanne, an dem der Generaldirektor der Schweizerischen Kreditanstalt, Dr. Binschelder, über „Die Einwirkungen der internationalen Geldkrise“ eingehend, einschließlich der Reparaturen auf die schweizerische Volkswirtschaft referieren wird, wird zweifellos Gelegenheit haben, sich mit den Vorschlägen über die Schaffung eines schweizerischen Bankgesetzes zu beschäftigen. M. G.

Rekord-Notenumlauf

Der Ultimoausweis der Schweizerischen Nationalbank zeigt, daß der Notenumlauf im Vergleich mit dem Vorjahr um 20 Prozent auf 82,8 auf einen neuen Rekordbetrag von 129,6 Mill. Franken, das sind rund 350 Mill. mehr als Ende August 1930, und den Notenumlauf stellen 20,8 Mill. den Gegenwert von Privatpapieren dar, die die Grobkrediten an die Notenbank verkauft haben. Dadurch ist ihr Goldvermögen auf 365,5 Mill. angewachsen und hat sich seit Ende Juli um 27 Mill. erhöht. Ende August 1930 betrug die Goldreserve die Golddeckung des Notenumlaufs beträgt 92,8 pCt.

Schliesen Gesellschaft alles gesagt worden ist. Jedenfalls sind Umsatz und Erlös im bisher noch nicht erreichten Umfang zurückgegangen, so daß auch das Ergebnis von Schliesen Zement im neuen Jahr kaum noch so günstig sein dürfte wie im vergangenen (1930 8 pCt. gegen 12 pCt. aus 6 Mill. Gewinn).

Akte Streikgefahr

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRUSSEL, 3. SEPTEMBER

Die Besprechungen zwischen den Vertretern der belgischen Kohlenbergbauern und der Grubenarbeiter haben mit einem Mißlingen der Verhandlungen und der Bestätigung über die Aussätze eines Arbeiterführers aufgebracht, die Sitzung verließen. Wie erinnerlich, haben die Grubenarbeiter den alten Lohnvertrag zum 1. September gekündigt, da sie mit den Grubenarbeitern einen neuen ermäßigten Lohnvertrag verhandeln möchten, wofür die Arbeiter bisher nicht zu haben waren. Die Gewerkschaften beschloßen, am nächsten Sonntag die Streikforderung zu erneuern. Bis dahin jedoch wird sich die Regierung um ein Kompromiß bemühen, das vielleicht in der Sitzung eine Einigung über die 30-prozentige Erhöhung der auswertigen Kohlenlöhner nach Belgien erfolgt, eine Maßnahme, welcher sowohl die Arbeiter wie auch die Grubenbesitzer sogar vor der jetzigen Krise beifällig gegenüberstanden. In Belgien sind im August 1930 etwa 3700000 Tonnen betragen. Koks und Brekette also eine siebenfache Produktion darstellen und die Arbeitsgelegenheiten besonders im Grubenbau um ein Vielfaches überlegen, ob sie in einen unter den jetzigen Umständen ausschließlichen Generalstreik eintreten wollen.

Prozessreserve bei Schimchow

Die Vereinigte Portland-Zement- und Kalkwerke Schimchow, Silesia und Fraudentorf AG, Berlin, hat in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahr 1,47 (1,15) Mill. an Dividenden und Zinsen eingekommen, woraus die alte Dividende von 1,25 Mill. für die Aktionäre ausgeschüttet wurde. Das dividendenberechtigte Kapital erhält also diesmal 1,81 Mill. gegen 2,1 v. U. und 0,18 (0,085) Mill. werden dem neuen Geschäftsjahr zufließen. Die Aktionäre der Portland-Zement und Schimchow ist um 1 pCt. nach unten verändert worden. Die Gesellschaft sagt: „da einmalige Anleihe von etwa 100 Millionen Mark zwischen dem 1. und 2. September in Höhe von 100 Millionen Mark, jedoch die Ansprüche nach Ansicht der Gesellschaft ungesichert sind, würde bei endgültiger Entscheidung der Aktionäre Beträge von 100 Millionen Mark zufließen, die stehen. Diese etwas akrohaftere Äußerung steht vielleicht mit dem Verkehren-Prozess in Verbindung, was aber hätte gesagt werden können.“

Die Bilanz zeigt das Vermögen eines um 6,6 Mill. höheren Effektbetrag aus, dem unter Verpflichtungen ein gleicher Betrag gegenübersteht. Der Bericht bemerkt dazu, daß sich hier um die Tausend Mark Aktien zwischen Heidelberg-Mannheim-Stuttgart und Schliesen Zement handelt, bei der Schimchow Treuhänder ist. Schimchow hat 74 Mill. Heidelberger Aktien übernommen und dem neuen Geschäftsjahr den entsprechenden Betrag Schliesen Aktien an Heidelberg geliefert. So sind die beiden Konten im neuen Jahr wieder ausgeglichen. Im August 1930 betrug die Bilanz 40,1 Mill. sind nominal 136,900 RM eigene Aktien enthalten, die nach dem Bericht niedriger als zum Börsenpreis (aber wie) bewertet sind. Im Zusammenhang mit dem Bericht über die Bilanz, die die Dividenden überwiegen Beträge ebenfalls geringer. (1,47 gegen 2,2 Mill.)

Über das Geschäft ist nichts weiter zu sagen, weil bei der

sten aufgelagte Dampfer ist seit Dezember 1929 nicht mehr in Fahrt gekommen. Der ruhende Schiffpark deutscher Flagge besteht fast ausschließlich aus Hamburger Fahrzeugen.

Geschlossene Lücken

Der Sinn der jüngsten Devisen-Vorordnung

Die Veröffentlichungen über die bis zum 5. September nicht verteilte Devisenanzweifelpflicht, laufend vielfach unter dem Stichwort „Anmeldepflicht auf kleineren Devisenbestände“, Solche Kennzeichnung kann zu weittragenden Irrtümern Anlaß geben.

Der Sinn in der Verordnung vom 29. August ist nicht nur der, die kleinen Devisenbestände ab 1000 RM anzuführen, sondern auch der, entsprechend den in der Presse geäußerten Anregungen Lücken der durch die „Grate“ der Devisenbestände, die die wichtigste dieser Lücken durch die sogenannten langfristigen Forderungen. Dieses waren nach der Verordnung vom 21. Juli nur anzugreifen, wenn die in der Zeit vom 18. bis 18. Oktober fällig waren. Dabei blieb die Frage offen, ob in der Zeit vom 18. bis 21. Juli (Stichtag für die damalige Anzeigepflicht) vor dem 22. Juni einvernehmlich bezüglich des längeren Festschreibens der Forderung zulässig waren und die Anzeigepflicht ausschlossen.

Die Verordnung vom 29. August grenzt jetzt diesen Tatbestand hinsichtlich der Anzeigepflicht der langfristigen Forderungen scharfer und enger dahin ab: Von der Anzeigepflicht ist befreit sind nur solche Forderungen, bei denen folgende drei Voraussetzungen vorliegen: Begründung der Forderung vor dem 13. Juli, spätere Fälligkeit als am 29. November, wobei (das ist das Wichtigste) diese Fälligkeit nach dem 29. November bereits am 17. Juli fällig, durch den vertraglich bestanden haben muß. Fehlt eine dieser drei Voraussetzungen, so ist die langfristige Forderung jetzt bis zum 5. September anmeldepflichtig.

Die Verordnung vom 29. August befreit vom 29. August ab, allerdings diejenigen von der jetzt verfügbaren Anmeldepflicht, die ihren Anmeldepflichtverpflichtungen nach der Verordnung vom 21. Juli nachgekommen sind. Diese Befreiung von der jetzt verfügbaren Anmeldepflicht schließt sich nur auf die Fälle, in denen eine Pflicht für die Anmeldung bis 29. Juli bestand und dieser Pflicht nachgekommen ist. Für die Anmeldung der gekennzeichneten langfristigen Forderungen bestand jedoch eine Anmeldepflicht auf Grund der Verordnung vom 21. Juli nicht. Daraus folgt, daß die Pflicht für die Anmeldung der langfristigen Forderungen durch die drei Voraussetzungen: Begründung vor dem 13. Juli, spätere Fälligkeit als 29. November und Bestimmung der Frist vor dem 29. November, am 17. Juli fällig, durch die Verordnung vom 29. August auch für langfristige Forderungen jetzt neu gegeben ist.

R.-A. Dr. Conrad Bötcher

40 pCt. Umsatzzrückgang Dominikaner Tonwerke

Die Dominikaner Tonwerke AG, Berlin, hat im vergangenen Geschäftsjahr die Frage der Verteilung des Beirags von 0,18 (1 v. U.) 0,31 Mill. RM erst in der G.V. entschieden und hat wieder einen neuen Rekord erzielt. Die Bilanz zeigt, daß die niedrige Ziffer, die auf eine ziemlich geringe Geschäftstätigkeit im Vergleich mit dem Vorjahr hinweist, durch die hohen Aktienkapital und 0,11 Mill. RM Reserve (0,06 Mill. RM) der Privatkapitalisten nur 18,71 (29,100) RM während Barwert und Auszahlung in Höhe von 17,1 (17,1) Mill. RM vorhanden sind. Die Rückgang beider Posten spiegelt sich die wertmäßige Umsatzzrückgang wieder, die nach dem Bericht etwa 40 pCt. betragen. Die Umsatzzrückgang wurde leicht erhöht mit 0,29 (0,29) Mill. RM aufgeführt. Über ihre Bewertung ist lediglich gesagt, daß sie in der Bilanz nicht zu berücksichtigen sind, weil sie nicht zu den 40 pCt. betragen, die über ihren prozentualen Abschreibungsbeitrag in Anwendung gebracht werden wären. Die Anlagensachen stehen mit 1,1 (1,1) Mill. RM, die in der Bilanz nicht zu berücksichtigen sind, auf 0,65 (1,03) Mill. RM, so zum Teil noch der Vortrag von 0,16 (0,16) Mill. RM, die in der Bilanz nicht zu berücksichtigen sind, 0,41 (0,68) Mill. RM gesunken werden. Auch die übrigen Ausgabeposten sind etwas niedriger. Große Sparmaßnahme ermöglichte die Erhaltung des noch erheblichen Eigenkapitals.

Dividenden

Bank der Landwirte AG, Corbach: Vorschlag: 7 (1 v. U.) 9 pCt. Eine maßgebende Beteiligung an der Gesellschaft ruht bei Westersfeld (Süddeutsche Kali).

Hehner-Oelwerke, A.G., Hannover: Wieder 0 pCt. Es ist ein neues Geschäftsjahr mit einem betragsmäßig betragsmäßig der Reserve mit 0,083 Mill. vorgetragen wird (1 v. U. Gewinn von 3400 RM).

In Schwierigkeiten:

Eine der bekanntesten Schokoladenfabriken Mittelddeutschlands, die Firma Gebrüder Spor-Berlin bei Magdeburg, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Soweit sich bisher überschauen läßt, soll mit einer Befriedigung der Gläubiger mindestens in Höhe von 50 Prozent der Forderungen zu rechnen sein. Die Forderungen sind in späteren Jahren 100 pCt. zu zahlen. Voraussetzung für eine mögliche Befriedigung der Gläubiger ist die Fortführung des Betriebes der Firma, die sich in der Bilanz nicht zu berücksichtigen sind, sondern für das Weltmarktgeschäft, so daß eine Weiterführung ohne die Erlöse der Lieferanten liegt. Ein Status ist noch nicht bekannt.

Die Posamentenfabrik Paul Lederger in Halberstadt hat H. „Konfektion“ die Zahlungen eingestellt und unterbreitet den Gläubigern einen 100-prozentigen Vermögensvergleich. Der Status der Firma ist aktiv; es fehlen lediglich die Betriebsmittel. Der Vermögensvergleich zeigt, daß die Forderungen auf 1,1 Mill. gerechnet für Tage des Bestandskontos der Forderungen, zinslos gestundet werden. Zur Sicherheit soll eine Geschäftsnotenzahlung in Höhe von 100 pCt. der Forderungen durch die Betriebsmittel eingetragenen werden.

Bei der Eisenbahn AG, vorm. Vetterlin u. Co. in Leipzig wurde der Liquidationsvergleich nicht mehr angenommen. Er zeigt ein aktives Vermögen von 1,1 (1,1) Mill. RM, die Forderungen rund 0,2 Mill. RM vom Verfahren erhalt werden — nach Befriedigung der Forderungen in Höhe von 100 pCt. der Forderungen von 200 Mill. M., dann eine Quote bis zu dem genannten Satz für die übrigen in Betracht kommenden Kreditoren und schließlich die gleichmäßige Verteilung eines evtl. Restbetrags an die Gläubiger vor.

Die Isoliermaterialfabrik Richard Stumpf in Leipzig bemüht sich um einen Vergleich auf der Basis von 30 pCt.

Starke Dividendenkürzung der Sidro

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

BRUSSEL, 3. SEPTEMBER

Der von Lowenstein gegründete und jetzt von der Sofina kontrollierte Sidro-Congreso Internationala Energetica Hydro-Electrica — (250 Mill. Fr. Kapital), der mit der spanischen Barcelona Traction in Verbindung steht, erzielte 1930 einen Reinertrag von 83 Mill. Fr. in der Vorjahr. Davon werden 43,6 Mill. Fr. einem Spezialfonds zugeführt, der einschließlich des vorjährigen Überweisungsbeitrags von 34,2 Mill. Fr. den Betrag von 77,8 Mill. Fr. umschließt. Die Dividende Reserve erhält noch 15 Mill. Fr. und steigt damit auf 25 Mill. Fr., erreicht also den zehnten Teil des Aktienkapitals.

Die Dividende beträgt 15 Fr. (statutarische Dividende), während im Vorjahre außerdem noch 59,46 Fr. mehr verteilt worden waren. In den letzten Tagen waren Gerüchte im Umlauf, wonach die Gesellschaft die Dividende für den nächsten Bericht beschließen würde. Infolgedessen war der Börsenkurs der Sidro auf unter 500 gefallen. Jetzt konnte er sich leicht auf 510 erholen. Die starken Abgaben scheinen auf eine schlechte Rechnung zu sein. Die Dividendenkürzung hängt mit der Ungleichartigkeit der wirtschaftlichen Lage zusammen. Der Verwaltungsrat wußte durch die Rückstellung der Gewinne für eine Fülle gewappnet sein.

Chade arbeitet befriedigend. Wie offiziell mitgeteilt wird, arbeitet der argentinische Elektrizitätskonzern Chade bisher infomäßig befriedigend, als dessen Gewinne sich ziemlich auf der gleichen Höhe halten wie in den entsprechenden Monaten des Vorjahres. Die Umsatzerlöse der verschiedenen der Gesellschaft im zweiten Semester abhängen, ob die alte Dividende von 80 Goldpesos beibehalten werden können.

Waggon-Lits verdonnert Aktienkapital. Die International Schlafwagen-Gesellschaft (Waggon-Lits) beruft wie der „Vossischen Zeitung“ aus Brüssel gemeldet wird, einen Antrag auf Verdröpfung des Aktienkapitals in Höhe von 200 Mill. Frs. Beschluß für 1931. Die neuen Aktien werden im Verhältnis 1:1 zu pari ausgegeben. Die neuen Gelder dienen größtenteils zur Erneuerung des Waggonparks.

Fusionsverhandlungen im Teppichgroßhandel. In der gemeinsamen Verhandlung der Teppichgroßhändler in verschiedenen deutschen Großstädten soll, wie die „Textil-

woche“ erfährt, durch Fusion mit einer bekannten Berliner Teppichgroßhandlung zusammengeschlossen werden. Die vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen sind im Zusammenhang mit der Bestätigung des gerichtlichen Verfahrens beendet worden. Es ist beabsichtigt, eine neue Gemeinschafts-AG zu errichten.

Klagen der Metallwaren-Industrie

Nach dem Bericht des Reichsbundes der Deutschen Metallwaren-Industrie haben die Produktionsverhältnisse eine weitere Verschärfung erfahren. Die Metallwaren-Industrie hat 1931 von 100 vorhandenen Arbeitsplätzen besitzt: Aluminiumwaren 48, Blechbeschläge 42, Eisen- und Stahlwaren 32, Metallwaren 26, Metallteile 72, Klein-Arbeiten 55, Metallwaren und Innensonderknoten 38, Vorgelegte 45, Emballagen 52, Blechbeschläge 42, Eisen- und Stahlwaren 32, Metallwaren 26, Metallteile 72, Klein-Arbeiten 55, Metallwaren und Innensonderknoten 38, Vorgelegte 45, Emballagen 52, Blechbeschläge 42, Eisen- und Stahlwaren 32, Metallwaren 26, Metallteile 72, Klein-Arbeiten 55, Metallwaren und Innensonderknoten 38, Vorgelegte 45, Emballagen 52.

Der Druck auf die Verkaufspreise hat in der Zahlungseinstellung der Metallwaren-Industrie die Folge der ungenügenden Beschäftigung sehr hohen Unkosten schiedens in Verbindung mit dem gedrückten Preisen, hohe Gewinnmargen auf. Die teilweise Beschäftigung der Metallwaren-Industrie (Kapital) hat sich im Hinblick auf die vorhandenen allen Abschluß zu höheren Preisen. Die Metallwaren-Industrie hat die Zahlungseinstellung der Metallwaren-Industrie die Folge der ungenügenden Beschäftigung sehr hohen Unkosten schiedens in Verbindung mit dem gedrückten Preisen, hohe Gewinnmargen auf. Die teilweise Beschäftigung der Metallwaren-Industrie (Kapital) hat sich im Hinblick auf die vorhandenen allen Abschluß zu höheren Preisen. Die Metallwaren-Industrie hat die Zahlungseinstellung der Metallwaren-Industrie die Folge der ungenügenden Beschäftigung sehr hohen Unkosten schiedens in Verbindung mit dem gedrückten Preisen, hohe Gewinnmargen auf. Die teilweise Beschäftigung der Metallwaren-Industrie (Kapital) hat sich im Hinblick auf die vorhandenen allen Abschluß zu höheren Preisen.

400 000 T. Schiffraum aufgelagert. Der in Hamburg stillgelegte Schifferaum hat sich im Laufe des August vergrößert. Er umfaßt 400 000 T. Schiffraum, der auf 5000 T. überschritten werden. Insgesamt liegen 80 Schiffe und 3 große Segelschiffe im Hamburger Hafen still. Die stillgelegten Schiffe sind in der Regel auf dem Wasser auf Schiffe fremder Flaggen. Bemerkenswert ist die geringe Anzahl feindlicher Motorschiffe, deren Gesamtzahl noch kein halbes Dutzend erreicht hat. Ein Teil der feindlichen Motorschiffe sind in der Regel auf dem Wasser auf Schiffe fremder Flaggen, darunter beispielsweise Fahrzeuge, die schon über 20 Monate nicht mehr benutzt wurden. Der bisher am läng-

BADEN-BADEN

am schönsten im Herbst

Brenners

Parkhotel

Kurhof

Pension ab 16 M., mit Bad ab 22 M.

Allgemeine Emissionsstockung

Die in den vergangenen Wochen mit außerordentlicher Schärfe in Erscheinung getretene Finanzkrise mit ihren in fast allen Ländern verpönten Ausstellungen hat zu einer allseitigen Stockung der Emissionen geführt. Die Emissionen des Antehesangs in Deutschland bereits seit Monaten völlig ruht, kann in Anbetracht der besonders schwierigen deutschen Finanzlage nicht weiter überschritten. Darüber hinaus ist jedoch auch an den großen Kapitalmärkten in interna-

Umkehr Gefung ganz allgemein ein starker Rückgang der Emissionstätigkeit zu verzeichnen.

Die Effektenemissionen in den Vereinigten Staaten, die bereits im Juni mit 291 Mill. Dollar einen verhältnismäßig bedeutenden Umfang aufzuweisen hatten, sind im Juli mit 291 Mill. Dollar auf nur noch 144 Mill. Dollar gesunken. Entsprechend ist im Juli mit 122 Mill. Dollar gesunken gegenüber 455 Mill. im gleichen Monat des Vorjahres. Damit hat die Emissionstätigkeit am amerikanischen Kapitalmarkt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres gegenüber dem Zeitraum von 1930 einen

Rückgang von 3,15 auf 2,95 Milliarden Dollar, d. h. um rund 43 pC. aufzuweisen.

Die langfristigen Emissionen am Londoner Kapitalmarkt beließen sich im August auf nur 26,5 gegen 45,5 Mill. Pfund im entsprechenden Monat des Vorjahres. Die Emissionen der ersten 8 Monate 1932 betragen 498,8 Mill. Pfund oder etwa 70 pC. hinter der Emissionstätigkeit der gleichen Periode des Vorjahres zurückbleiben. — Die gleich Entwickelten in Bezug auf sich auch am holländischen Emissions-

Amteiche Kurse der Berliner Börse

vom 3. September 1931

Festverzinsliche Werte

Dt. Staatsanleihe (Oeffentl. Pfandb.)

Reichsanleihe 1924	96,00	Reichsanleihe 1925	96,00
Reichsanleihe 1926	96,00	Reichsanleihe 1927	96,00
Reichsanleihe 1928	96,00	Reichsanleihe 1929	96,00
Reichsanleihe 1930	96,00	Reichsanleihe 1931	96,00
Reichsanleihe 1932	96,00	Reichsanleihe 1933	96,00
Reichsanleihe 1934	96,00	Reichsanleihe 1935	96,00
Reichsanleihe 1936	96,00	Reichsanleihe 1937	96,00
Reichsanleihe 1938	96,00	Reichsanleihe 1939	96,00
Reichsanleihe 1940	96,00	Reichsanleihe 1941	96,00
Reichsanleihe 1942	96,00	Reichsanleihe 1943	96,00
Reichsanleihe 1944	96,00	Reichsanleihe 1945	96,00
Reichsanleihe 1946	96,00	Reichsanleihe 1947	96,00
Reichsanleihe 1948	96,00	Reichsanleihe 1949	96,00
Reichsanleihe 1950	96,00	Reichsanleihe 1951	96,00
Reichsanleihe 1952	96,00	Reichsanleihe 1953	96,00
Reichsanleihe 1954	96,00	Reichsanleihe 1955	96,00
Reichsanleihe 1956	96,00	Reichsanleihe 1957	96,00
Reichsanleihe 1958	96,00	Reichsanleihe 1959	96,00
Reichsanleihe 1960	96,00	Reichsanleihe 1961	96,00
Reichsanleihe 1962	96,00	Reichsanleihe 1963	96,00
Reichsanleihe 1964	96,00	Reichsanleihe 1965	96,00
Reichsanleihe 1966	96,00	Reichsanleihe 1967	96,00
Reichsanleihe 1968	96,00	Reichsanleihe 1969	96,00
Reichsanleihe 1970	96,00	Reichsanleihe 1971	96,00
Reichsanleihe 1972	96,00	Reichsanleihe 1973	96,00
Reichsanleihe 1974	96,00	Reichsanleihe 1975	96,00
Reichsanleihe 1976	96,00	Reichsanleihe 1977	96,00
Reichsanleihe 1978	96,00	Reichsanleihe 1979	96,00
Reichsanleihe 1980	96,00	Reichsanleihe 1981	96,00
Reichsanleihe 1982	96,00	Reichsanleihe 1983	96,00
Reichsanleihe 1984	96,00	Reichsanleihe 1985	96,00
Reichsanleihe 1986	96,00	Reichsanleihe 1987	96,00
Reichsanleihe 1988	96,00	Reichsanleihe 1989	96,00
Reichsanleihe 1990	96,00	Reichsanleihe 1991	96,00
Reichsanleihe 1992	96,00	Reichsanleihe 1993	96,00
Reichsanleihe 1994	96,00	Reichsanleihe 1995	96,00
Reichsanleihe 1996	96,00	Reichsanleihe 1997	96,00
Reichsanleihe 1998	96,00	Reichsanleihe 1999	96,00
Reichsanleihe 2000	96,00	Reichsanleihe 2001	96,00
Reichsanleihe 2002	96,00	Reichsanleihe 2003	96,00
Reichsanleihe 2004	96,00	Reichsanleihe 2005	96,00
Reichsanleihe 2006	96,00	Reichsanleihe 2007	96,00
Reichsanleihe 2008	96,00	Reichsanleihe 2009	96,00
Reichsanleihe 2010	96,00	Reichsanleihe 2011	96,00
Reichsanleihe 2012	96,00	Reichsanleihe 2013	96,00
Reichsanleihe 2014	96,00	Reichsanleihe 2015	96,00
Reichsanleihe 2016	96,00	Reichsanleihe 2017	96,00
Reichsanleihe 2018	96,00	Reichsanleihe 2019	96,00
Reichsanleihe 2020	96,00	Reichsanleihe 2021	96,00
Reichsanleihe 2022	96,00	Reichsanleihe 2023	96,00
Reichsanleihe 2024	96,00	Reichsanleihe 2025	96,00
Reichsanleihe 2026	96,00	Reichsanleihe 2027	96,00
Reichsanleihe 2028	96,00	Reichsanleihe 2029	96,00
Reichsanleihe 2030	96,00	Reichsanleihe 2031	96,00
Reichsanleihe 2032	96,00	Reichsanleihe 2033	96,00
Reichsanleihe 2034	96,00	Reichsanleihe 2035	96,00
Reichsanleihe 2036	96,00	Reichsanleihe 2037	96,00
Reichsanleihe 2038	96,00	Reichsanleihe 2039	96,00
Reichsanleihe 2040	96,00	Reichsanleihe 2041	96,00
Reichsanleihe 2042	96,00	Reichsanleihe 2043	96,00
Reichsanleihe 2044	96,00	Reichsanleihe 2045	96,00
Reichsanleihe 2046	96,00	Reichsanleihe 2047	96,00
Reichsanleihe 2048	96,00	Reichsanleihe 2049	96,00
Reichsanleihe 2050	96,00	Reichsanleihe 2051	96,00
Reichsanleihe 2052	96,00	Reichsanleihe 2053	96,00
Reichsanleihe 2054	96,00	Reichsanleihe 2055	96,00
Reichsanleihe 2056	96,00	Reichsanleihe 2057	96,00
Reichsanleihe 2058	96,00	Reichsanleihe 2059	96,00
Reichsanleihe 2060	96,00	Reichsanleihe 2061	96,00
Reichsanleihe 2062	96,00	Reichsanleihe 2063	96,00
Reichsanleihe 2064	96,00	Reichsanleihe 2065	96,00
Reichsanleihe 2066	96,00	Reichsanleihe 2067	96,00
Reichsanleihe 2068	96,00	Reichsanleihe 2069	96,00
Reichsanleihe 2070	96,00	Reichsanleihe 2071	96,00
Reichsanleihe 2072	96,00	Reichsanleihe 2073	96,00
Reichsanleihe 2074	96,00	Reichsanleihe 2075	96,00
Reichsanleihe 2076	96,00	Reichsanleihe 2077	96,00
Reichsanleihe 2078	96,00	Reichsanleihe 2079	96,00
Reichsanleihe 2080	96,00	Reichsanleihe 2081	96,00
Reichsanleihe 2082	96,00	Reichsanleihe 2083	96,00
Reichsanleihe 2084	96,00	Reichsanleihe 2085	96,00
Reichsanleihe 2086	96,00	Reichsanleihe 2087	96,00
Reichsanleihe 2088	96,00	Reichsanleihe 2089	96,00
Reichsanleihe 2090	96,00	Reichsanleihe 2091	96,00
Reichsanleihe 2092	96,00	Reichsanleihe 2093	96,00
Reichsanleihe 2094	96,00	Reichsanleihe 2095	96,00
Reichsanleihe 2096	96,00	Reichsanleihe 2097	96,00
Reichsanleihe 2098	96,00	Reichsanleihe 2099	96,00
Reichsanleihe 2100	96,00	Reichsanleihe 2101	96,00
Reichsanleihe 2102	96,00	Reichsanleihe 2103	96,00
Reichsanleihe 2104	96,00	Reichsanleihe 2105	96,00
Reichsanleihe 2106	96,00	Reichsanleihe 2107	96,00
Reichsanleihe 2108	96,00	Reichsanleihe 2109	96,00
Reichsanleihe 2110	96,00	Reichsanleihe 2111	96,00
Reichsanleihe 2112	96,00	Reichsanleihe 2113	96,00
Reichsanleihe 2114	96,00	Reichsanleihe 2115	96,00
Reichsanleihe 2116	96,00	Reichsanleihe 2117	96,00
Reichsanleihe 2118	96,00	Reichsanleihe 2119	96,00
Reichsanleihe 2120	96,00	Reichsanleihe 2121	96,00
Reichsanleihe 2122	96,00	Reichsanleihe 2123	96,00
Reichsanleihe 2124	96,00	Reichsanleihe 2125	96,00
Reichsanleihe 2126	96,00	Reichsanleihe 2127	96,00
Reichsanleihe 2128	96,00	Reichsanleihe 2129	96,00
Reichsanleihe 2130	96,00	Reichsanleihe 2131	96,00
Reichsanleihe 2132	96,00	Reichsanleihe 2133	96,00
Reichsanleihe 2134	96,00	Reichsanleihe 2135	96,00
Reichsanleihe 2136	96,00	Reichsanleihe 2137	96,00
Reichsanleihe 2138	96,00	Reichsanleihe 2139	96,00
Reichsanleihe 2140	96,00	Reichsanleihe 2141	96,00
Reichsanleihe 2142	96,00	Reichsanleihe 2143	96,00
Reichsanleihe 2144	96,00	Reichsanleihe 2145	96,00
Reichsanleihe 2146	96,00	Reichsanleihe 2147	96,00
Reichsanleihe 2148	96,00	Reichsanleihe 2149	96,00
Reichsanleihe 2150	96,00	Reichsanleihe 2151	96,00
Reichsanleihe 2152	96,00	Reichsanleihe 2153	96,00
Reichsanleihe 2154	96,00	Reichsanleihe 2155	96,00
Reichsanleihe 2156	96,00	Reichsanleihe 2157	96,00
Reichsanleihe 2158	96,00	Reichsanleihe 2159	96,00
Reichsanleihe 2160	96,00	Reichsanleihe 2161	96,00
Reichsanleihe 2162	96,00	Reichsanleihe 2163	96,00
Reichsanleihe 2164	96,00	Reichsanleihe 2165	96,00
Reichsanleihe 2166	96,00	Reichsanleihe 2167	96,00
Reichsanleihe 2168	96,00	Reichsanleihe 2169	96,00
Reichsanleihe 2170	96,00	Reichsanleihe 2171	96,00
Reichsanleihe 2172	96,00	Reichsanleihe 2173	96,00
Reichsanleihe 2174	96,00	Reichsanleihe 2175	96,00
Reichsanleihe 2176	96,00	Reichsanleihe 2177	96,00
Reichsanleihe 2178	96,00	Reichsanleihe 2179	96,00
Reichsanleihe 2180	96,00	Reichsanleihe 2181	96,00
Reichsanleihe 2182	96,00	Reichsanleihe 2183	96,00
Reichsanleihe 2184	96,00	Reichsanleihe 2185	96,00
Reichsanleihe 2186	96,00	Reichsanleihe 2187	96,00
Reichsanleihe 2188	96,00	Reichsanleihe 2189	96,00
Reichsanleihe 2190	96,00	Reichsanleihe 2191	96,00
Reichsanleihe 2192	96,00	Reichsanleihe 2193	96,00
Reichsanleihe 2194	96,00	Reichsanleihe 2195	96,00
Reichsanleihe 2196	96,00	Reichsanleihe 2197	96,00
Reichsanleihe 2198	96,00	Reichsanleihe 2199	96,00
Reichsanleihe 2200	96,00	Reichsanleihe 2201	96,00
Reichsanleihe 2202	96,00	Reichsanleihe 2203	96,00
Reichsanleihe 2204	96,00	Reichsanleihe 2205	96,00
Reichsanleihe 2206	96,00	Reichsanleihe 2207	96,00
Reichsanleihe 2208	96,00	Reichsanleihe 2209	96,00
Reichsanleihe 2210	96,00	Reichsanleihe 2211	96,00
Reichsanleihe 2212	96,00	Reichsanleihe 2213	96,00
Reichsanleihe 2214	96,00	Reichsanleihe 2215	96,00
Reichsanleihe 2216	96,00	Reichsanleihe 2217	96,00
Reichsanleihe 2218	96,00	Reichsanleihe 2219	96,00
Reichsanleihe 2220	96,00	Reichsanleihe 2221	96,00
Reichsanleihe 2222	96,00	Reichsanleihe 2223	96,00
Reichsanleihe 2224	96,00	Reichsanleihe 2225	96,00
Reichsanleihe 2226	96,00	Reichsanleihe 2227	96,00
Reichsanleihe 2228	96,00	Reichsanleihe 2229	96,00
Reichsanleihe 2230	96,00	Reichsanleihe 2231	96,00
Reichsanleihe 2232	96,00	Reichsanleihe 2233	96,00
Reichsanleihe 2234	96,00	Reichsanleihe 2235	96,00
Reichsanleihe 2236	96,00	Reichsanleihe 2237	96,00
Reichsanleihe 2238	96,00	Reichsanleihe 2239	96,00
Reichsanleihe 2240	96,00	Reichsanleihe 2241	96,00
Reichsanleihe 2242	96,00	Reichsanleihe 2243	96,00
Reichsanleihe 2244	96,00	Reichsanleihe 2245	96,00
Reichsanleihe 2246	96,00	Reichsanleihe 2247	96,00
Reichsanleihe 2248	96,00	Reichsanleihe 2249	96,00
Reichsanleihe 2250	96,00	Reichsanleihe 2251	96,00
Reichsanleihe 2252	96,00	Reichsanleihe 2253	96,00
Reichsanleihe 2254	96,00	Reichsanleihe 2255	96,00
Reichsanleihe 2256	96,00	Reichsanleihe 2257	96,00
Reichsanleihe 2258	96,00	Reichsanleihe 2259	96,00
Reichsanleihe 2260	96,00	Reichsanleihe 2261	96,00
Reichsanleihe 2262	96,00	Reichsanleihe 2263	96,00
Reichsanleihe 2264	96,00	Reichsanleihe 2265	96,00
Reichsanleihe 2266	96,00	Reichsanleihe 2267	96,00
Reichsanleihe 2268	96,00	Reichsanleihe 2269	96,00
Reichsanleihe 2270	96,00	Reichsanleihe 2271	96,00
Reichsanleihe 2272	96,00	Reichsanleihe 2273	96,00
Reichsanleihe 2274	96,00	Reichsanleihe 2275	96,00
Reichsanleihe 2276	96,00	Reichsanleihe 2277	96,00
Reichsanleihe 2278	96,00	Reichsanleihe 2279	96,00
Reichsanleihe 2280	96,00	Reichsanleihe 2281	96,00
Reichsanleihe 2282	96,00	Reichsanleihe 2283	96,00
Reichsanleihe 2284	96,00	Reichsanleihe 2285	96,00
Reichsanleihe 2286	96,00	Reichsanleihe 2287	96,00
Reichsanleihe 2288	96,00	Reichsanleihe 2289	96,00
Reichsanleihe 2290	96,00	Reichsanleihe 2291	96,00
Reichsanleihe 2292	96,00	Reichsanleihe 2293	96,00
Reichsanleihe 2294	96,00	Reichsanleihe 2295	96,00
Reichsanleihe 2296	96,00	Reichsanleihe 2297	96,00
Reichsanleihe 2298	96,00	Reichsanleihe 2299	96,00
Reichsanleihe 2300	96,00	Reichsanleihe 2301	96,00
Reichsanleihe 2302			